NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 5, April 2014, 3. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

3 EDITORIAL

5 **LEBENDIGE ERINNERUNG**

FORUM

6 *Gerhard Fouquet* | Erfolg und Scheitern – ambivalente Signale des Bundes

7 *Anke Spoorendonk* | Kurze und längere Wege. Zum aktuellen Stand der Gedenkstättenpolitik

9 *Jens Rönnau* | Bemerkenswerte Fortschritte – und eine kaum mehr erträgliche Geduldsprobe. Stellungnahme zur Rede von Ministerin Anke Spoorendonk im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 19. März 2014

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

11 *Karin Penno-Burmeister* | Eine Frage der Glaubwürdigkeit. Fundraising für die Gedenkstätten und die Erinnerungskultur

14 *Enno Hasbargen* | Vom Geschichtsbuch auf die eigene Straße. Das Webportal „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 - 1945"

16 Ausschreibung: Wissenschaftspreis 2014 der Bürgerstiftung

16 Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik

BERICHTE UND INFORMATIONEN

17 *Uta Körby* | Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

18 *Hans-Joachim Ihloff* | Veränderungen in Ladelund

19 *Ulrich Jeß* | „Diese Arbeit ist etwas ganz Besonderes". Ein Gespräch mit Raimo Alsen, dem neuen Leiter der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

20 Ausstellung: Judenverfolgung im November 1938 in Schleswig-Holstein

21 *Jens Rönnau* | Aktivitäten und Entwicklungen im Flandernbunker Kiel

22 *Jörg Wollenberg* | „Niemand war dabei und keiner hat`s gewusst"? Die verdrängte Erinnerung an die frühen Konzentrationslager in Ostholstein nach 1945

25 *Ingaburgh Klatt* | Gedenkstätte unterwegs. Geschichtsvermittlung in der Inselschule Fehmarn

26 Husum-Schwesing: Kreistag Nordfriesland macht den Weg frei für eine Freiluft-Ausstellung

27 *Heino Schomaker* | Erinnerungskultur und Kunst – Atelierhausgespräch in Kiel

28 Erinnern, Erklären, Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen des 21. Jahrhunderts. Eine Tagung in Laboe und Kiel am 16./17. Mai 2014

30 Schluss mit den Ritualen! 9. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein 19. - 21. September 2014

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

32 *Hauke Petersen* | Tabuisierung von Verbrechen und Solidarisierung mit Tätern. Eine neue Studie über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den nordelbischen Landeskirchen

35 LITERATURHINWEISE

37 **TERMINKALENDER**

40 IMPRESSUM

EDITORIAL

Als der Schleswig-Holsteinische Landtag am 19. März über die Gedenkstättenpolitik der Landesregierung beriet, sprach die SSW-Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering von einem „Aufbruchssignal". Damit meinte sie die Entscheidung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Monika Grütters, dem Antrag zur Modernisierung und Weiterentwicklung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund stattzugeben. „Ein guter Tag für die Gedenkstättenarbeit im Land", kommentierte auch die bündnisgrüne Parlamentarierin Marlies Fritzen. In der Tat, endlich werden schleswig-holsteinische Orte des Gedenkens und Erinnerns auch vom Bund gefördert.

Allein, only bad news are good news – diese positive Nachricht ging im öffentlichen Echo ob der zweiten BKM-Entscheidung fast unter: „Museumspläne für den Nazi-Bau Neulandhalle geplatzt", titelte das „Hamburger Abendblatt" am 22. Februar. Denn Monika Grütters lehnte den zweiten Antrag des Landes zum avisierten Historischen Lernort Neulandhalle ab. In beiden Fällen, Ladelund und Neulandhalle, folgte sie dem Votum ihres beratenden Expertengremiums. Mit dieser Ablehnung ist ein Projekt jedenfalls vorläufig auf Eis gelegt, das seit 2011 wie Phönix aus der Asche gestartet war und hierzulande viele Schlagzeilen, scharfe Kritik und lebhafte Zustimmung auslöste.

Quo vadis, Neulandhalle? Denn nun fehlt die Hälfte der vorgesehenen vier Millionen Euro, die dem Historischen Lernort auf dem vormaligen Adolf-Hitler-Koog in Dithmarschen gleichsam auf die Beine helfen sollten. Da so der „schnelle Weg" zum Lernort an der Westküste verwehrt wurde, müsse sich das Land auf den „etwas längeren Weg" machen, wie Kulturministerin Anke Spoorendonk in ihrer Rede am 19. März ebenfalls im Landtag sagte, die im vorliegenden NEWSLETTER nachzulesen ist. Auf einem unfreiwillig langen Weg fühlt sich auch Jens Rönnau, der in einer kritischen Stellungnahme zur Landtagsrede der Ministerin sowohl bemerkenswerte Fortschritte infolge der Gedenkstättenpolitik Spoorendonks als auch die anhaltende Unterfinanzierung der Einrichtungen betont, nicht zuletzt in der Landeshauptstadt Kiel.

Es dreht sich ums Geld, immer wieder – eine mitunter ärgerliche Verengung in einem öffentlichen Feld politischer Kultur, das sich doch die Vermittlung epochaler, bis heute nachwirkender historischer Ereignisse auf die Fahnen geschrieben hat. Aber die Fokussierung aufs Finanzielle hat selbstverständlich gute Gründe, gab es doch lange Jahre hindurch für die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer „Volksgemeinschaft" landesseitig gewissermaßen kaum mehr als Brosamen. Um im Bild zu bleiben: Mittlerweile werden wenigstens kleine Brötchen gebacken, die freilich kaum zum Sattwerden aller genügen. Immerhin, es fließt deutlich mehr Geld zu den größtenteils ehrenamtlich betriebenen Stätten des Gedenkens, Erinnerns und Lernens. Daran ist auch ein innovatives Projekt beteiligt, das bereits erste Erfolge vorweisen kann: „ProGedenkstätten" soll den Bildungseinrichtungen an den historischen Orten mittels Fundraising und Professionalisierung zusätzliche Impulse verleihen. Die Projektleiterin Karin Penno-Burmeister beschreibt in dieser Ausgabe des NEWSLETTERS die Kunst und Ethik des Fundraising.

Ganz ohne finanzielle Mittel war es auch nicht möglich, das besonders auf jüngere Interessenten zielende Webportal „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 - 1945" zu entwickeln, das seit Ende letzten Jahres freigeschaltet ist und auf diesen Seiten von Enno Hasbargen vorgestellt wird.

Erstmals – und künftig alle zwei Jahre – schreibt die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten in diesem Jahr einen Förderpreis aus. Ausschreibung zielt besonders auf Nachwuchswissenschaftlerinnen und

-wissenschaftler. Eingereicht werden können Arbeiten zur Geschichte des und Erinnerung an den Nationalsozialismus. Als Preisgeld winken dem/r Sieger/in 2.000 Euro. Näheres dazu in diesem NEWSLETTER.

In weiteren Beiträgen geht es etwa um die personelle Rochade in Ladelund, wo nun drei Personen hauptamtlich in der kirchlichen Gedenkstätte arbeiten; Hans-Joachim Ihloff informiert darüber und der neue Leiter, Raimo Alsen, stellt sich in einem Interview vor. Neben diversen aktuellen Berichten bietet der NEWSLETTER auch einen historischen Beitrag von Jörg Wollenberg über „Die verdrängte Erinnerung an die frühen Konzentrationslager in Ostholstein nach 1945". Und Hauke Petersen begründet in seiner Buchbesprechung, weshalb die Lektüre der neuen Studie von Stephan Linck zum Umgang der nordelbischen Landeskirchen mit der Zeit des Nationalsozialismus lohnend ist.

Es geht also nicht nur ums liebe Geld. Auch nicht in den zahlreichen Terminankündigungen für die nächsten Monate. Daraus seien an dieser Stelle zwei hervorgehoben, deren Programm im NEWSLETTER nachzulesen ist: Die Tagung „Erinnern, Verstehen, Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen im 21. Jahrhundert" findet als Kooperationsveranstaltung der Deutschen Marine-Akademie und derLandesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein am 16. und 17. Mai in Laboe und Kiel statt.

Und unter dem Titel „Schluss mit den Ritualen!" wird die 9. Landesgedenkstättentagung vom 19. bis 21. September in Malente neue Formen des Erinnerns und Vermittelns diskutieren.

Aufbruchssignale, Enttäuschungen, Geldprobleme und -hoffnungen, neue historische Erkenntnisse und attraktive Veranstaltungen im kommenden Halbjahr – ein hoffentlich interessanter Cocktail aus Reflexionen, Debattenbeiträgen, Berichten, Informationen, Projekten und Ankündigungen erwartet Sie in diesem NEWSLETTER. Zudem wartet diese Ausgabe mit der neuen Foto-Rubrik „Lebendige Erinnerung" auf.

Ein Redakteur ist nichts ohne Autorinnen und Autoren, er steht auf den Schultern einer ganzen Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den NEWSLETTER durch ihre Texte und Fotos ermöglicht haben – dafür danke ich allen herzlich.

Harald Schmid

LEBENDIGE ERINNERUNG

Führung durch den Flandernbunker in Kiel. *Foto: Jens Rönnau*

FORUM

Erfolg und Scheitern – ambivalente Signale des Bundes

Gerhard Fouquet

Wenn man lange auf ein Ziel hingearbeitet hat und es ist dann erreicht, sollte man sich einfach freuen – auch deshalb, um für die weiteren Aufgaben Kraft zu tanken. Solch ein Anlass zur Freude ist nun gegeben: Die Bundesregierung hat einen von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten erarbeiteten Antrag auf Projektförderung bewilligt. Im Rahmen der „Gedenkstättenkonzeption des Bundes" unterstützt sie damit erstmals eine schleswig-holsteinische Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Konkret beteiligt sich der Bund ab 2015 mit 250.000 Euro an der geplanten Modernisierung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund.

Diese Entscheidung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters, ist für Schleswig-Holstein ein weiterer wichtiger Schritt in der auf mehreren Ebenen angestoßenen Modernisierung der hiesigen Gedenkstättenlandschaft. Bisher war es das einzige Bundesland, das keine Fördermittel aus der Gedenkstättenkonzeption des Bundes erhielt. Dieser zu Recht oft kritisierte Zustand ist nun Vergangenheit – insofern hat das Votum des BKM für Schleswig-Holstein auch symbolische Bedeutung.

Das von der Bürgerstiftung in zweijähriger Vorbereitung und enger Abstimmung mit der Landesregierung erarbeitete Projekt sieht vor, die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund zu modernisieren. Mit 500.000 Euro Gesamtkosten soll eine neu konzipierte und auf die Erfordernisse heutiger museumsdidaktischer Gestaltung ausgerichtete Dauerausstellung entstehen. Darüber hinaus ist geplant, die authentischen historischen Orte des Leidens und Sterbens der KZ-Häftlinge in Ladelund besser miteinander zu vernetzen. Ladelund, der am besten ausgestattete und von den meisten Menschen besuchte Gedenkort zur Geschichte des Nationalsozialismus, soll mit dieser Zukunftsinvestition seine Funktion als erinnerungskultureller „Leuchttum" für Schleswig-Holstein sichern und ausbauen können.

Allerdings hat das BKM gleichzeitig den von einer Arbeitsgruppe um Prof. Dr. Uwe Danker erarbeiteten Förderantrag für die Neulandhalle in Dithmarschen abgelehnt. Dieser Rückschlag für die bisherigen Pläne zur Neulandhalle ist ein Wermutstropfen, der alle Beteiligten zu neuem Nachdenken über die Integration der Neulandhalle in die hiesige Erinnerungskultur auffordert. Eine breite Diskussion über Wege und Möglichkeiten, in Dithmarschen trotzdem einen „Historischen Lernort Neulandhalle" voranzubringen, tut not.

Gleichwohl, von der Projektförderung des Bundes für Ladelund ist ein Schub für die weitere Sicherung und Modernisierung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Zeit zu erhoffen. Die Entscheidung der Bundesregierung ist ein Erfolg der Bürgerstiftung und aller, die daran wie namentlich Dr. Harald Schmid mitgearbeitet haben. Sie ist auch ein Ergebnis der Gedenkstättenpolitik von Kulturministerin Anke Spoorendonk. Solche Schübe können wir noch eine ganze Reihe brauchen.

Prof. Dr. Gerhard Fouquet ist Präsident der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Vorsitzender des Vorstandes der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten.

Kurze und längere Wege. Zum aktuellen Stand der Gedenkstättenpolitik*

Anke Spoorendonk

Es gehört zu den Merkmalen der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenarbeit, dass sie von unten gewachsen ist und immer Widerstände vor Ort zu überwinden hatte. Erst 1989/90 gab es überhaupt Landesmittel für die Gedenkstättenarbeit, und zwar für die wissenschaftliche Ausstellung über das KZ Ladelund 1944. Einen eigenen Haushaltstitel im Landeshaushalt erhielten die Gedenkstätten erst 1996. Mit der 2002 gegründeten Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten war die Hoffnung verbunden, die ehrenamtliche Arbeit zu stärken und finanziell besser abzusichern. Rückblickend betrachtet ist festzustellen, dass die Bürgerstiftung dazu nicht die Kraft gehabt hat.

Ministerin Anke Spoorendonk beim Kulturplenum am 28. Februar 2014 im Landeshaus.
Foto: Norbert Czybulka

Daher hat sich mein Ministerium gleich zu Anfang meiner Amtszeit auf den Weg gemacht, ein Landeskonzept zur Entwicklung der Gedenkstätten und Lernorte in Schleswig-Holstein zu erarbeiten. An zwei Runden Tischen mit Akteuren der Gedenkstättenarbeit – wozu auch die Fraktionen des Landtages eingeladen waren – und in mehreren Sitzungen der aus den Mitgliedern der Runden Tische heraus gegründeten Arbeitsgruppe sind Eckpunkte eines Konzepts diskutiert und zu Papier gebracht worden. Wenn der Entwurf vorliegt, werden sich sowohl das Kabinett als auch der Landtag damit befassen. Denn auch darum geht es: Wir wollen die Vermittlung der Geschichte des Naziregimes in den politischen Raum zurückholen, um deutlich zu machen, dass sich das Land seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist – und sich dieser Verantwortung auch stellt.

Auf Grundlage der vorliegenden Eckpunkte konnten wir jedoch schon eine ganze Reihe erster Schritte einleiten, um die Lage der Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein zu verbessern. So haben wir die Zuwendung für die Bürgerstiftung 2014 um weitere 100.000 Euro auf 230.000 Euro erhöht, um gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten die wissenschaftliche und organisatorische Arbeit der Bürgerstiftung zu verstetigen – was letztlich wiederum allen Gedenkstätten zugutekommt. Zudem werden Projekte vor Ort umgesetzt, die lange auf eine Finanzierung warten mussten. Dazu gehört die Unterstützung des Ehrenamts durch weitere Mitarbeiter in Ahrensbök, Kaltenkirchen und im Flandernbunker genau so wie die Förderung von Informationsbroschüren über das KZ Husum-Schwesing und das Projekt „Jüdische Woche" des Museums Alte Synagoge in Friedrichstadt.

Mit einem Qualifizierungsprojekt werden sich zudem die größtenteils ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort für die weitere Professionalisierung ihrer vielseitigen Arbeit fortbilden können. Und zusätzlich ist es uns gelungen, finanzielle Mittel zur Förderung von Schulexkursionen zum Besuch dieser Gedenkstätten bereitzustellen. Hinzu kommt, dass wir im Rahmen der Konzeptarbeit auch

* Manuskript der Rede in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 19. März 2014.

prüfen werden, wie unsere künftigen Erwartungen an die Bürgerstiftung aussehen und wie wir sie dabei unterstützen können, diesen noch besser gerecht zu werden. Dabei denke ich auch über die Umwandlung der Bürgerstiftung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung für Vermittlungs- und Erinnerungsarbeit nach.

Die Eckpunkte unseres Gedenkstättenkonzepts enthalten konkret zwei Anträge auf Förderung aus dem Gedenkstättenprogramm des Bundes. Sie wurden beide im letzten Jahr intensiv vorbereitet, öffentlich diskutiert und im September eingereicht. Dem Antrag für die Neuentwicklung der Ausstellung in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund hat die Beauftragte für Kultur und Medien zugestimmt. Dieses Projekt kann nunmehr umgesetzt werden.

Als älteste Gedenkstätte Schleswig-Holsteins hat Ladelund eine besondere Bedeutung für unser Land. Das KZ Ladelund als eines von 87 „Außenkommandos" des KZ Neuengamme (vom 1. November bis zum 16. Dezember 1944) steht exemplarisch für das, was ganz Schleswig-Holstein in der Nazizeit ausmachte: Das KZ im Dorf macht deutlich, dass es keinesfalls versteckt und in abgelegenen, menschenleeren Gegenden zu den Verbrechen des Nationalsozialismus kam. Sie wurden überall im Land und mitten unter uns begangen.

Abgelehnt wurde unser Antrag zur Förderung des Projekts „Neulandhalle" – wobei es müßig ist, über die Gründe für die Ablehnung zu spekulieren. Dass die sogenannte Neulandhalle in Dithmarschen als herausragend authentischer Lernort – wo die Ideologie einer Gewaltherrschaft auf der Grundlage eines kollektiven Rassenwahns beeindruckend zum Ausdruck kommt – eine Kommission, bestehend aus Gedenkstättenexperten, spaltet, kann ich mir ohne Weiteres vorstellen.

Andersherum bin ich weiterhin davon überzeugt, dass wir uns in den kommenden Jahren verstärkt damit auseinandersetzen werden, wieso es zu der Nazidiktatur in Deutschland kommen konnte. Wie funktionierte die exkludierende und inkludierende Volksgemeinschaft? Und warum funktionierte dieses System besonders gut in Schleswig-Holstein? Danach werden die neuen Schülergenerationen fragen. Darauf müssen wir Antworten geben können, und Antworten sind nun einmal leichter nachvollziehbar, wenn sie an authentischen Orten gegeben werden. Keiner hat diese Problematik bisher so stark – und provozierend – aufgegriffen wie der Historiker Götz Aly in seinem Buch „Hitlers Volksstaat", das ich jedem zur Lektüre empfehlen kann.

Es ehrt diesen Landtag, dass er sich schon vor der Landtagswahl 2012 fraktionsübergreifend für das Projekt „Neulandhalle" aussprach. Diese Gemeinsamkeit ist mir wichtig. Daher gilt es jetzt, nach vorn zu blicken. Gemeinsam mit der Nordkirche – ihr gehört das Gebäude – werden wir das Konzept des Lernortes Neulandhalle weiterentwickeln.

Mein Ziel ist es, das Gedenkstättenkonzept fortzuschreiben – ergänzt durch ein übergeordnetes Konzept zur Vermittlung der NS-Geschichte in Schleswig-Holstein, worin die Neulandhalle ihren Platz haben wird. Ich denke dabei auch an einen bundesweiten Austausch über diese neuen Aspekte der Erinnerungsarbeit: Es könnte beispielsweise ein wissenschaftliches Symposion geben mitsamt einer öffentlichen Veranstaltung im Landeshaus.

Entscheidend ist für mich aber, dass wir an der Idee eines Lernortes in der Neulandhalle festhalten. Das Land steht hier zu seiner Verantwortung – und damit meine ich auch finanzielle Verantwortung. Der Ort ist geeignet und das Thema zu wichtig, um es zu ignorieren. Der schnelle Weg über die Einwerbung von Bundesmitteln ist uns erst einmal verwehrt worden. Machen wir uns also auf den etwas längeren Weg, um eine für die nächsten Generationen relevante Vermittlungsarbeit zu verwirklichen.

Anke Spoorendonk ist Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein.

Bemerkenswerte Fortschritte – und eine kaum mehr erträgliche Geduldsprobe. Stellungnahme zur Rede von Ministerin Anke Spoorendonk im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 19. März 2014

Jens Rönnau

Ministerin Spoorendonk hat, wie keine ihrer AmtsvorgängerInnen, die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Lande zu einem ihrer Hauptthemen der Kulturpolitik gemacht. Das geschieht bisher in einer ungewöhnlichen und relativ weitgehenden Transparenz. Es ist bemerkenswert, dass die – über die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten verteilten – jährlichen Landesmittel von 55.000 Euro im Jahr 2011 für das laufende Jahr auf 236.000 Euro erhöht werden konnten. Darin eingeschlossen sind Sondermittel von 100.000 Euro, die den Gedenkstätten von 2014 bis 2018 auf Antrag jährlich zur Verfügung stehen. Zudem muss die anteilige Kofinanzierung der vom Bund geförderten neuen Dauerausstellung für Ladelund mit einem Volumen von über 66.000 Euro bis 2017 aus dem genannten Jahresbudget der Bürgerstiftung bestritten werden.

Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass selbst diese und zudem großteils nur zeitweise zur Verfügung stehenden 236.000 Euro für die eigentliche Aufgabe des Betriebs von Gedenkstätten und Erinnerungsorten zum Thema Nationalsozialismus und Verfolgung im Land Schleswig-Holstein in keiner Weise ausreichen. Für die zehn aktiven Orte in Ladelund, Husum-Schwesing, Friedrichstadt, Gudendorf, Rendsburg, Kiel, Kaltenkirchen, Ahrensbök, Neustadt und Lübeck stehen bislang nur geringe Personalmittel zur Verfügung: drei halbe Stellen für Ladelund, eine Dreiviertelstelle für einen Historiker bei der Bürgerstiftung. Neu ist eine von verschiedenen Seiten finanzierte Stelle für das Fundraising- und Professionalisierungsprojekt „ProGedenkstätten" für alle Gedenkstätten und Gedenkorte im Lande.

Aber bis auf die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, das Jüdische Museum Rendsburg und teilweise den als Mahnmal, Denkort und Museum betriebenen Flandernbunker in Kiel werden alle Orte entweder ehrenamtlich betreut oder von Kommunen verwaltet. Teilweise werden Aufgaben von Langzeitarbeitslosen im Rahmen von Bürgerarbeit oder Maßnahmen der Jobcenter übernommen. Seit 2006 konnte etwa der Verein Mahnmal Kilian bis zu neun Stellen durch Jobcentermittel finanzieren, die seit März 2014 gestrichen sind – Bürozeiten, Aufsichten und technischer Support sind derzeit in Kiel kaum noch leistbar. Seit drei Jahren sichert der Verein Mahnmal Kilian für den Flandernbunker in Kiel seine halbe Leitungsstelle aus eigenen und Drittmitteln – bisher völlig ohne Landesmittel.

Dass mit der Neulandhalle ein weiterer Aspekt im Rahmen der Erinnerungsarbeit Berücksichtigung finden soll, ist grundsätzlich zu begrüßen. Dass hier allerdings von vornherein Millionenbeträge zum Aufbau des „Historischen Lernorts Neulandhalle" eingeplant werden und darüber hinaus an die Schaffung mehrerer neuer Stellen gedacht wird einschließlich eines Fördertopfes für Gruppenfahrten zu dem sehr abseits bei Marne gelegenen Ort – all das hinterlässt bei den anderen Akteuren große Fragezeichen. Denn sie betreiben Gedenkstätten und Lernorte teils seit Jahrzehnten ehrenamtlich – in der Hoffnung, dass es endlich zu geförderten Verstetigungen kommt. In der Rede der Ministerin finden einige dieser Orte nur kurz Erwähnung, weil für sie jeweils eine vorübergehende Förderung von zirka 15.000 Euro vorgesehen ist.

Besonders unverständlich erscheint die mangelnde Berücksichtigung von Kiel, einer Stadt, in der alle Themen wie unter einer Glocke zusammen zu betrachten sind: Nationalsozialismus, Verfolgung, Militarismus und Krieg. Stätten, wie die einstige Gestapo-Zentrale in der Düppelstraße, das „Arbeitserziehungslager Nordmark", Gräberanlagen

oder der Erschießungsplatz für Matrosen zählen ebenso dazu wie militärische Anlagen aller Art oder einstige Orte von Zwangsarbeitslagern. Hinzu käme das Thema Matrosenaufstand mit ersten Formen der Demokratie in Deutschland.

Dr. Jens Rönnau. *Foto: Gaby Rennert*

Seit fast zwanzig Jahren versucht der Verein Mahnmal Kilian diese Themen der einstigen „Reichskriegshafenstadt" im Diskurs zu halten: zunächst auf dem Gelände der 2000 abgerissenen Ruine des U-Bootbunkers Kilian, seit 2001 im Flandernbunker am historischen und heutigen Militärhafen. Dabei erscheinen die Bunkerruinen als unbequeme Orte sehr geeignet, um jene Themen anzugehen – zumal sie zu einem sehr speziellen Thema zwingen: dem Begriff des Opfers. Denn einerseits wurden Bunker überwiegend durch Zwangsarbeiter gebaut, durften von diesen aber nicht genutzt werden, andererseits fanden jene Menschen Schutz in den Bunkern, die sich selbst als Opfer von Faschismus und Krieg sahen und sehen, was zu Kontroversen geführt hat und führt – und pädagogisch-didaktisch betreut unbedingt weiter geschehen sollte.

Und obwohl der Flandernbunker der einzige Ort in Kiel ist, wo kontinuierlich und mit wachsender Akzeptanz der Bürger, kultureller Akteure und besonders der Schulen gearbeitet wird, quälen sich die Betreiber durch diese Aufgaben, setzen Ehrenämtler und Langzeitarbeitslose ein, weil die Stadt bislang jährlich nur mit 9.000 Euro institutionell fördert – das Land aber bislang noch gar nicht (allerdings hat das Land für den Flandernbunker verschiedentlich Investitionsmittel und Projektmittel beigesteuert).

Nun stehen durch die genannten Sondermittel für Kiel, Kaltenkirchen und Ahrensbök für die nächsten fünf Jahre Personalmittel in Höhe von jeweils 15.000 Euro in Aussicht. Das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung – er kann die Akteure indes nur unzureichend entlasten. Nötig wäre zur Professionalisierung allein in Kiel eine jährliche Förderung in Höhe von rund 150.000 Euro, wovon eine Stelle oder zwei halbe Stellen für Geschäftsführung und Pädagogik zu finanzieren wären sowie zwei Stellen für Hausmeister und technische Mitarbeit. Ein solcher professioneller Nukleus könnte Ehrenämtler und Langzeitarbeitslose sinnvoll einbinden.

Angesprochen auf diesen Mangel hieß es von Landesseite wiederholt: Was tut die Stadt? In der Tat ist es so, dass erst neuerdings mit der Erarbeitung eines kommunalen Konzeptes für Erinnerungskultur durch die Stadt Kiel begonnen wird. Doch es fragt sich, warum die jahrzehntelange Arbeit des Vereins Mahnmal Kilian wie auch des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) nicht auch so endlich durch das Land gefördert werden kann – in anderen Orten wartet man ja auch nicht auf das Vorengagement der Kommunen.

Wie gesagt: Die aktuelle Arbeit des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa ist hier generell zu loben, doch wird die Geduld mancher Akteure – und ganz besonders in Kiel – auf eine kaum mehr erträgliche Probe gestellt.

Dr. Jens Rönnau ist 1. Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian in Kiel und Vorstandsmitglied des Sprecherrates der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

Eine Frage der Glaubwürdigkeit. Fundraising für die Gedenkstätten und die Erinnerungskultur

Karin Penno-Burmeister

Fundraising ist ein moderner Begriff, doch in seiner Bedeutung wohl so alt wie die ältesten Kulturen. Er beschreibt das Sammeln von Spenden und anderen Formen der Unterstützung für mildtätige und gemeinnützige Zwecke. Fundraising wirbt aktiv um ehrenamtliche und finanzielle Gaben sowie den Aufbau und die Pflege von Beziehungen. Menschen gaben und geben Geld, Zeit, Aufmerksamkeit und Sachgüter, ohne dafür Gegenleistungen zu verlangen. Plato und Aristoteles beschrieben den Philanthrop (grch.: Menschenfreund), der an der Pädagogik und dem allgemeinen Wohl der Menschheit interessiert ist.

Mildtätigkeit – heute spricht man eher von Wohltätigkeit – dient der Linderung oder Überwindung persönlicher oder wirtschaftlicher Hilfsbedürftigkeit und hat eine lange Tradition der Zuwendungen von Almosen und Hilfsdiensten. Die Mildtätigkeit gilt bis heute als humanitäre Aufgabe, als Ehrensache, Christenpflicht oder in gut situierten Kreisen auch als gesellschaftliches Privileg. Sie nährt sich aus dem Mitempfinden für die Hilfsbedürftigen und dem ethischen Bewusstsein einer sozialen Verantwortung.

Ein wenig anders sieht es auf dem weiten Feld der Gemeinnützigkeit aus, zu der auch kulturelle Aufgaben und somit die Arbeit von Engagierten in Gedenkstätten und in der Erinnerungskultur zu zählen sind. Menschen unterstützen Projekte und Aufgaben, die ihnen wichtig sind, an die sie glauben oder mit denen sie sich identifizieren. Spenden, ehrenamtliches Engagement und andere Formen der Zuwendung für gemeinnützige und kulturelle Zwecke erfolgen zwar ohne Gegenleistung, doch bei genauerem Hinsehen selten völlig selbstlos.[1]

Hinter den meisten großzügigen Gaben verbirgt sich ein eigenes Anliegen der Gebenden: Vielleicht ist es die Einflussnahme auf gesellschaftliche oder politische Entwicklungen, der Wunsch, Anteil zu haben an der Schaffung von Gütern und Werken, die das eigene Sein überdauern, vielleicht auch das Anliegen, mit der Gabe den eigenen Namen, die Familie, das Unternehmen oder das Andenken eines geliebten Menschen zu ehren, das Bedürfnis, zu einem Kreis zu gehören, dem man Besonderes zu verdanken hat, oder einfach die Sehnsucht, öffentliche Wertschätzung zu erfahren. Besonders bei kulturellen Vorhaben und ihrer Förderung kann auch das Wesen des Mäzenatentums mitschwingen, das Entwicklungen mitsteuern und gegebenenfalls eine besondere Rolle in einem kulturellen Milieu spielen möchte.

Jede dieser Motivationen ist zunächst recht und billig. Fundraising versteht die Gebenden als Partnerinnen und Partner für eine „gute Sache", von denen nicht nur finanziell bezifferbare Hilfe erbeten wird, sondern die gegebenenfalls auch ihren Namen, ihre Solidarität, ihre Überzeugungen und Visionen mit einbringen.

Kein noch so geschickter Fundraiser ist gut beraten, wenn er versucht, Menschen Spen-

1 Spenden sind deutlich von Sponsoring zu unterscheiden. Im Gegensatz zu Spenden, die keine Gegenleistung erhalten, handelt es sich beim Sponsoring um eine geschäftliche Aktion, die Leistung und Gegenleistung vertraglich regelt. Einnahmen aus Sponsoring müssen versteuert werden.

den abzuschwatzen, ohne deren Motivation und Interessen in den Blick zu nehmen. Jeder Versuch, zur Gewinnung von Spenden oder anderen Zuwendungen moralischen Druck auf Personen oder Unternehmen auszuüben, ist nicht nur kontraproduktiv, sondern auch ethisch inakzeptabel.

Es kann zum Beispiel nicht funktionieren, wenn man versucht, ein Unternehmen mit dem Verweis auf seine Rolle im Nationalsozialismus zu einer Spende für die Gedenkstätten zu bewegen. Nur wenn es gelingt, ein aktuelles Interesse des Unternehmens an den Orten und Themen der Erinnerungskultur zu erkennen oder zu wecken und im Falle des Falles auch mit dem heutigen, selbstbestimmten Blick auf ihre Firmengeschichte in Verbindung zu bringen, kann man auf eine Unterstützung und Partnerschaft hoffen.

„Wer spendet, stiftet oder vererbt, handelt freiwillig und uneigennützig. Jeder Gabe, auch der Absicht zu geben, gebührt hoher Respekt und Anerkennung. Daher verbietet sich manipulatives, drängendes Vorgehen oder das Ausüben moralischen Drucks." So steht es im Entwurf der Grundregeln im Fundraising für eine ethische Praxis in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) vom 17. Januar 2014. Im professionellen Fundraising werden heute Standards und ethische Grundregeln aufgestellt, unter anderem vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DIZ-Spendensiegel). Diese Regeln verlangen besonders den Akteuren im Bereich der politischen Bildung und Gedenkstättenarbeit hohe Sensibilität ab.

Der Grundsatz der Achtung der Menschenwürde erfordert ein ausgeprägtes ethisches Gespür, beispielsweise im Umgang mit Bildern. Ist es vertretbar, Darstellungen des Schreckens und Leidens in den Konzentrationslagern für die Spendenwerbung zu nutzen? Der Einsatz von emotionalisierenden Bildern ist häufig eine Gratwanderung. Auch hier geht es um den Respekt vor der Würde der Opfer. In den Fundraising-Grundregeln der Nordkirche heißt es hierzu: „Menschen in Notlagen dürfen nicht für die Öffentlichkeitsarbeit oder Werbung instrumentalisiert werden."

Zudem ist kritisch zu bedenken, ob es legitim ist, die Betrachter ungefragt einem schockierenden Bild auszusetzen und somit möglicherweise emotional zu überwältigen. Das widerspräche dem auch für Fundraising maßgeblichen Überwältigungsverbot, das in der Pädagogik und politischen Bildung die Grenze zur Indoktrination deutlich macht, um davor zu schützen, Menschen im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und an der Gewinnung eines eigenen selbstständigen Urteils zu hindern.

Eine Beziehung zwischen Spendenwilligen und Empfangenden bedarf einer Grundlage, die auf gegenseitigem Respekt beruht. Das Gegenüber darf nicht instrumentalisiert werden. Glaubwürdigkeit und Diskretion, Vertrauen und Transparenz spielen eine wichtige Rolle. Es versteht sich von selbst, dass die Kommunikation redlich erfolgt, Spendenzwecke und Stiftungsanliegen immer wahrheitsgemäß beschrieben und die Gaben ausschließlich zum vereinbarten Zweck verwendet werden. Unter diesen Voraussetzungen kann es zu einer für alle Seiten gewinnbringenden Partnerschaft kommen.

Die Gedenkstätten brauchen Förderung, Freundinnen und Freunde, die mit ihren Zielen und Werten in Einklang stehen und die zu ihnen passen. Sie suchen nach finanziellen Gaben, nach Unterstützung und ehrenamtlichem Engagement für eine partnerschaftliche Arbeit. Sind die Voraussetzungen für eine Partnerschaft in diesem Sinne nicht gegeben, wenn etwa eine Spende über Gebühr persönliche Vorteile erzeugen soll, muss auf diese Unterstützung verzichtet werden. Etwa wenn ein Spenderprofil nicht zur Gedenkstättenthematik passt, ein Unternehmen sich zum Beispiel damit schmücken will, zu den Förderern einer anerkannten Einrichtung zu gehören, gleichzeitig jedoch deren Arbeit, Geist und Zielsetzung entgegenwirkt oder ad absurdum führt.

Symbol der Partnerschaft gegen das Vergessen: Zeitzeugen, Repräsentanten des öffentlichen Lebens, Spender und Akteure der Erinnerungskultur pflanzen gemeinsam einen Gingkobaum vor dem Dokumentenhaus in Ladelund. *Foto: Gedenkstätte Ladelund*

Ich möchte diese Problematik an drei Beispielen aus meiner früheren praktischen Arbeit in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund deutlich machen. Unter den potenziellen Paten für die Erweiterung der Gedenkstätte im Jahre 2005/06 war ein Unternehmen, dessen Firmen-Slogan in Verbindung mit der Gedenkstättenthematik und dem Respekt vor der Würde der Opfer geschmacklos gewirkt hätte und darum für dieses Projekt nicht in Frage kam. Auch eine private Spende von 5.000 Euro musste schweren Herzens zurückgewiesen werden, weil sie an die Bedingung geknüpft war, das Gedenken an einen der 301 in Ladelund begrabenen KZ-Häftlinge durch ein Bild und die farbliche Hervorhebung des Namens auf den Grabtafeln exklusiv zu betonen. Und auf die ehrenamtliche Mitwirkung eines Mannes, der gerne Aufsichten in der Gedenkstätte übernehmen wollte, musste verzichtet werden, weil dessen Hände und Arme mit Tätowierungen übersät waren, die unter den Besucherinnen und Besucher zwangsläufig zu Irritationen geführt hätten.

Solche Entscheidungen erfordern ein sorgfältiges Abwägen und diplomatisches Geschick. Darum muss, wer für Gedenkstätten und Erinnerungskultur Fundraising betreibt, zunächst genau hinschauen, wer auf welche Weise um Unterstützung gebeten werden soll. Sorgsame Vorarbeiten sind unerlässlich, wenn Träger und Akteure einer Gedenkstätte zum Beispiel an Firmen herantreten und sie um Spenden bitten möchten. Das Grundkapital der Mitarbeiter/innen von Gedenkstätten und an Erinnerungsorten ist ihre Authentizität und Empathie, ihr Unrechts- und Verantwortungsbewusstsein, ihre Dialog- und Kritikfähigkeit. Dies muss sich auch in der Auswahl und Ansprache der Förderer widerspiegeln.

Das Projekt „ProGedenkstätten" wurde konzipiert, um die schleswig-holsteinischen Gedenkstätten in dieser Hinsicht zu unterstützen und potenzielle Partner für sie zu finden. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab. Einige Einrichtungen und Projekte profitieren bereits von der Fundraising-Beratung. Die Mittel zur Projektförderung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten wurden infolge der von „ProGedenkstätten" initiierten Artikel-Serie[2] zur Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein durch private Spenden um rund 728 € ergänzt. Und die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing ebenso wie die Gedenkstätte Lutherkirche zu Lübeck werden 2014 durch die Vermittlung von „ProGedenkstätten" namhafte finanzielle Unterstützung für ihre Ausstellungsvorhaben bekommen.

Karin Penno-Burmeister ist Leiterin des Fundraising- und Professionalisierungsprojekts „ProGedenkstätten" und stellvertretende Vorsitzendes des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.

2 Vom 2. November bis 7. Dezember 2013 erschienen im Journal aller Sonnabendausgaben des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages und des A.-Beig-Verlags Beiträge zu Themen der Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein. Die Serie und ergänzende Texte können auf der Website http://progedenkstaetten-sh.de/links/shz-online nachgelesen werden.

Vom Geschichtsbuch auf die eigene Straße. Das Webportal „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 -1945"

Enno Hasbargen

Seit dem 9. November 2013 ist das Webportal „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung" unter www.spurensuche-kreis-pinneberg.de freigeschaltet. Ausgangspunkt für das Projekt war der Umstand, dass es eine große Menge von archivierten, aber nur wenig strukturierten und vernetzten Informationen aus der NS-Zeit gibt. Obwohl „lebendige Berichte" durch Zeitzeugen immer seltener werden, ist das Interesse für diese Themen bei Jugendlichen sehr groß, besonders, wenn damit eigene Aktivitäten verbunden sind.

Wie also muss eine Webseite aussehen, die vor allem für Jugendliche interessant ist? Diese Frage stellte sich der Förderverein Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 - 1945. Die Antwort liegt nun nach fast zwei Jahren Vorbereitungszeit der Öffentlichkeit vor und stellt ein Angebot für Jugendliche, junge Erwachsene, Historiker und alle anderen, an Zeitgeschichte interessierten Menschen dar, sich mit den vielfältigen Angeboten dieses Webportals zu beschäftigen und es im Sinne eines wachsenden Projektes mit fortzuschreiben.

Das Webportal richtet sich besonders an junge Menschen und geht in Aufbau und Inhalt stark auf die Kommunikationsgewohnheiten junger Webbenutzer ein. Die Besonderheit ist, dass die Geschehnisse der lokalen Geschichte aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht in weit entfernt liegenden Orten beschrieben, sondern direkt auf die eigenen Straßen projiziert werden. So kann veranschaulicht und lokalisiert werden: Nicht irgendwo fand das Grauen statt, sondern auch in meinem Wohnort und in meiner Straße.

Ein paar Worte zur Entstehung: Dem Förderverein gehören eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften und Initiativen aus dem Kreis Pinneberg an: die Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine für Elmshorn, die Arbeitsgruppe des Ortsarchivs Horst bei der VHS, der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS), der Förderverein Museum Helgoland, die Geschichtswerkstatt des SPD-Ortsvereins Uetersen, die Initiative Selbstbewusstes Quickborn, die Stadtarchive Elmshorn und Tornesch sowie geschichtsforschende Einzelpersonen.

Unser Ziel ist es, Informationen zur lokalen Zeitgeschichte direkt auf die Straßen der jeweiligen Orte des Kreises Pinneberg zu projizieren und Geschichte mit Bildern und anderen Medien deutlich zu machen. Und das in ansprechender Form, vor allem für Jugendliche, die sich durchaus für dieses Thema interessieren, wenn man sie nur bei ihren Kommunikationsgewohnheiten „abholt".

Das Redaktionsteam (v.l.n.r.): Jörg Penning, Rudi Arendt, Christiana Lefebvre, Waltraud Sengerhoff, Enno Hasbargen, Michael Plata.
Foto: Enno Hasbargen

Wir haben uns zunächst im Internet umgesehen und gesucht, was es an gut aufbereiteten Webseiten zu diesem Themenkomplex gibt und was wir daraus lernen können. Wir fanden das Webportal „Spurensuche Bremen 1933 - 1945" (http://www.spurensuche-bremen.de) und damit eine vorbildliche Seite, die unseren Anforderungen gerecht wurde. Unter Trägerschaft des Bremer Vereins Erinnern für die Zukunft wurde mit Unterstützung von Radio Bremen, Studierenden der Universität Bremen, dem Landesinstitut für Schule Bremen

und dem Verein Stolpersteine diese Webseitenstruktur erarbeitet. Angesichts des Verlusts der Zeitzeugen für die nächste Generation war der Bremer Verein der Überlegung nachgegangen, wie die anregende Vermittlung des Wissens über die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft erhalten und wie der Bezug zum eigenen Lebensraum junger Menschen hergestellt werden kann.

Für unser Pinneberger Projekt haben wir die Webseite des Bremer Projekts übernommen und mithilfe des Programmierers Steffen Jäckel von der Firma Bit for Byte erweitert und angepasst. Grundlage der Webseiten sind digitale Ortskarten von Google-Maps, mit denen in die jeweiligen Städte und Ortschaften hineingezoomt werden kann. Zum Konzept gehört, dass jedes beschriebene Ereignis einem klar bestimmten Ort auf einer Karte zugeordnet werden muss und auf der Karte einen farbig markierten Punkt darstellt. Verschiedene Farben klassifizieren den Artikel, zum Beispiel über Arbeiterbewegung, Stolpersteine, Verfolgung und Unterdrückung, NSDAP-Gliederung bis hin zu Widerstand und Zivilcourage.

Startansicht der Website

Jeder Artikel ist mit einem frei wählbaren Schlagwortregister ausgestattet und erlaubt so, Themen, die in verschiedenen Artikeln beschrieben sind, in größerem Zusammenhang als Einheit zu lesen. Eine Zeitleiste erlaubt die Artikelauswahl eines bestimmten Jahres. Ergänzt wird die Webseite durch die Möglichkeit, Stadtrundgänge in einer ansprechenden Form anzubieten und einen Fotovergleich „Damals und heute" vorzunehmen. Des Weiteren können die jeweiligen „Spuren" Ton-, Bild- und Filmdokumente enthalten.

Durch eine Mitmach-Funktion soll angeregt werden, selbst recherchierte „Spuren" einzugeben. Eingehende Beiträge werden von unserer Redaktion geprüft, redigiert und in Abstimmung mit dem Einsender freigeschaltet.

Interaktivität spricht die Kommunikationsgewohnheiten vor allem junger Menschen an. Sie sollen neugierig, ihr historischer Detektivgeist soll angeregt werden. Die Darstellung enthält eine Reihe entsprechender Elemente, die den Nutzer veranlassen sollen, sich den einen oder anderen Beitrag näher anzusehen und sich mit ihm eingehender zu beschäftigen. Die Verlagerung von geschichtlichen Ereignissen auf digitale Straßenpläne in der eigenen Wohnumgebung reduziert die Distanz zum Geschehen, schafft Emotionalität. Lehrer finden hier erste Anregungen und Materialien für den Unterricht und können ihren Schülern gezielte Aufträge zum Weiterforschen geben.

Seit der Freischaltung wurden viele neue Spuren eingestellt und alle örtlichen Arbeitsgruppen versuchen, noch fehlende Spuren zu integrieren und die bestehenden inhaltlich auszubauen. Wie bei jedem neuen Projekt, ist auch hier Lernaufwand von den Aktiven zu leisten. Die Mitglieder der Redaktionsgruppe trainieren sich gegenseitig mit zunehmendem Erfolg in der effektiven Anwendung des Programms. Die Webseite hat schon jetzt ein reges öffentliches Interesse gefunden. Es gibt bereits einige Anfragen von Menschen, die eigene Spuren anlegen möchten und über unsere Webseite Aufklärung zu eigenen Geschichten suchen. Hier ist die Redaktionsgruppe gefordert, das richtige Maß zu finden, zwischen der reinen redaktionellen Überarbeitung und der Übernahme der Recherche ganz neuer Spuren. Mitmachen ist unbedingt erwünscht.

Enno Hasbargen ist Beisitzer im Vorstand des Fördervereins Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 - 1945. Kontakt zur Redaktion des Webportals: redaktion@spurensuche-kreis-pinneberg.de.

Ausschreibung: Wissenschaftspreis 2014 der Bürgerstiftung

Die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten lobt erstmals für das Jahr 2014 und künftig alle zwei Jahre einen Wissenschaftspreis in Höhe von 2.000 Euro für herausragende wissenschaftliche Arbeiten aus, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein und der Erinnerung an diese Zeit beschäftigen. Der Preis würdigt Beiträge vor allem jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich beispielsweise in Examensarbeiten, Dissertationen oder in regionalen Publikationen mit diesem Thema befasst haben. Die Arbeiten – veröffentlicht oder unveröffentlicht – sollten in der Regel nicht älter als zwei Jahre alt sein. Eigenbewerbungen sind ausdrücklich erwünscht. Der Preis kann auch hälftig an zwei Personen oder an Projekte vergeben werden.

Die Beiträge müssen bis zum 31. April 2014 in Druckfassung oder per E-Mail bei der Geschäftsstelle der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten eingereicht werden. Beigefügt werden soll ein tabellarischer Lebenslauf der Bewerberin/des Bewerbers mit einer maximal zwei DIN-A-4-Seiten umfassenden Kurzdarstellung der Arbeit (Fragestellung, Quellen, Methodik, Ergebnisse). Der Wissenschaftliche Beirat der Bürgerstiftung entscheidet über die Vergabe des Preises. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Preis wird im Rahmen eines Festaktes von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden des Stiftungsrates der Bürgerstiftung verliehen; der/die Preisträger/in hält dabei einen Kurzvortrag zur ausgezeichneten Arbeit.

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg, Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg, info@gedenkstaetten-sh.de.

Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik

Im vergangenen Jahr initiierte der Historiker Peter Jahn einen Aufruf, der sich den Aufbau eines zentralen Erinnerungsortes für die nach Millionen zählenden Opfer der nationalsozialistischen Lebensraumpolitik in Osteuropa zum Ziel gesetzt hat. Auf der Website der Initiative heißt es: „Über den Zeitraum von zwei Generationen haben wir Deutschen versucht, die Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen zu fassen und angemessen ihrer Opfer zu gedenken. In den Denkmälern im Berliner-Tiergarten – für die ermordeten Juden, für Sinti und Roma, für Homosexuelle und für die ‚Euthanasie'-Morde – findet diese Erinnerung ihren für Deutschland repräsentativen Ausdruck. Und doch gibt es in der Repräsentation der nationalsozialistischen Verbrechen noch immer eine große Leerstelle: Die Menschen, die nach der NS-Rasseideologie zu Millionen vernichtet wurden, um über ‚Lebensraum im Osten' für deutsche Siedlung zu verfügen."

Der Wortlaut des Aufrufs sowie Hintergründe und Debatten rund um das Thema sind nachzulesen unter http://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de. Dort kann man die Initiative auch mit der eigenen Unterschrift unterstützen. *(HS)*

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

Uta Körby

Nach der Entscheidung der Bundesregierung über die beiden schleswig-holsteinischen Förderanträge (siehe hierzu unsere Pressemitteilung: http://www.gedenkstaetten-sh.de/index.php/LAGSH.html) stehen derzeit praktische Fragen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Im letzten NEWSLETTER konnten wir bereits erfreut ankündigen, dass die Landesregierung Mittel in Höhe von 100.000 Euro per annum ab 2014 für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung stellen will. Diese „LAG-Sondermittel" sollen für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit im Bereich der Erinnerungskultur eingesetzt werden.

Das Konzept der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) vom Oktober 2013 für die Verwendung dieser Mittel ist vom Kulturministerium und der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten akzeptiert worden. Inzwischen ist aus der Absichtserklärung ein Haushaltstitel geworden. Im Dezember letzten Jahres hat der Landtag diese Mittel in den Haushalt eingestellt.

Offen war noch die Frage, wer diese Mittel verwalten soll. In Absprache mit der LAGSH wurde dies Ende Januar geklärt: Zuständig für die Verwaltung der Sondermittel und die Antragsbewilligung ist die Bürgerstiftung. An diese sind über die LAGSH die Anträge der einzelnen Gedenkstätten und Erinnerungsorte zu stellen. Grundlage hierfür ist das erwähnte Konzept der LAGSH.

Um zügig bewilligungsfähige Anträge für 2014 auf den Weg zu bringen, hat die LAGSH zwei Workshops zu Fragen der Antragstellung im Februar und März durchgeführt. Zusätzlich stehen Kerstin Graw vom Kulturministerium, Katharina Perrey und Dr. Harald Schmid von der Bürgerstiftung beratend für die einzelnen Antragsteller zur Verfügung.

Sitzung von Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft im Atelierhaus im Kieler Anscharpark am 17. Februar 2014. *Foto: Harald Schmid*

Die Landesarbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, in jedem Jahr mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit zu treten. Für dieses Jahr haben wir zusammen mit dem Deutschen Marinebund das Programm für eine Tagung entwickelt, bei der es um den unterschiedlichen Umgang mit der NS-Geschichte in der zivilen und militärischen Gedenkkultur geht. Ziel der Tagung am 16./17. Mai 2014 ist es, die zivile und militärische Perspektive kritisch miteinander ins Gespräch zu bringen. Folgerichtig lautet der Titel der Tagung „Erinnern, Erklären, Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen im 21. Jahrhundert". Veranstaltungsort ist am ersten Tag das Marineehrenmal in Laboe, am zweiten Tag der Flandernbunker in Kiel. Wir hoffen auf zahlreiche Anmeldungen, um einer kritischen Auseinandersetzung genügend Gewicht zu geben.

Außerdem bereitet die LAGSH mit weiteren Kooperationspartnern die 9. Landesgedenkstättentagung vor, die vom 19. bis 21. September in Malente stattfinden wird. „Schluss

mit den Ritualen!", lautet der Tagungstitel (siehe zu beiden Tagungen die Programme in diesem NEWSLETTER, S. 28, 30).

Uta Körby ist 1. Vorsiztende der LAGSH und Vorstandsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen.

Veränderungen in Ladelund

Hans-Joachim Ihloff

Die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund stellt sich neu auf. Das bezieht sich einerseits auf das Personal und andererseits auf die didaktisch-methodische Aktualisierung. An den Inhalten und den zu behandelnden Themen wird sich nur wenig ändern.

Um die personelle Präsenz in der Gedenkstätte sicherzustellen, haben wir die Leitungsstelle von der Geschäftsführung getrennt. Dafür stehen nun je zwei halbe unbefristete Stellen zur Verfügung. Dörte Christiansen kümmert sich seit Mitte des letzten Jahres um die Geschäftsführung und Raimo Alsen leitet die Gedenkstätte seit dem 1. Februar dieses Jahres. Nadya Neumann, die uns schon viele Jahre befristet auf Stundenbasis sehr hilfreich zur Verfügung stand, hat nun auch eine halbe unbefristete Stelle erhalten. Das hilft uns, die anfallenden Dienste flexibel zu handhaben.

Raimo Alsen ist Realschullehrer an der Gemeinschaftsschule Leck mit den Fächern Geschichte und Englisch. Seine Masterarbeit „Wandlungen der Erinnerungskultur", sein pädagogisches Geschick, seine Medienkompetenz wie auch sein offenes und den Menschen zugewandtes Wesen haben seine Wahl entscheidend beeinflusst. Er ist mit einer halben Stelle für die Gedenkstätte freigestellt. Diese Personalkosten übernimmt der Kirchenkreis Nordfriesland, da der Träger der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte die Kirchengemeinde Ladelund ist. Sie ist die einzige KZ-Gedenkstätte Deutschlands in kirchlicher Trägerschaft.

Es war die Absicht des Kirchengemeinderates Ladelund und des Gedenkstättenausschusses, eine Geschichtslehrkraft als Leitungsperson zu finden, um die Qualität der pädagogischen Arbeit weiterzuentwickeln. In den letzten zehn Jahren ist die Gedenkstättenpädagogik ständig verbessert worden. So wollen wir auch entsprechende Konzepte erarbeiten, um Besucher adressatengerecht, differenzierend, multimedial motivierend und damit nachhaltig zu begleiten und zu führen. Dafür müssen auch die authentischen Orte – Lagergelände, Panzergraben, Gräberfeld und Kirche – zu einem Ganzen verknüpft werden. Erklärungstafeln sollen helfen, Besuchern auch außerhalb der Öffnungszeiten Bezüge zu verdeutlichen. Wir wollen mit Themen- und Materialkisten den Lehrkräften Hilfen zur Vor- und Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuches bieten. Und eine gepflegte Internetseite hat wichtige Grundinformationen zu vermitteln.

Das Gedenkstättengebäude ist dementsprechend umzurüsten. Einzelschicksale der Häftlinge und der handelnden Personen müssen stärker herausgestellt werden, da sie helfen, das grausame Geschehen und die beispielhafte Seelsorge ganzheitlich zu erfahren. Dies ist unabdingbar, wenn wir den Bezug zur Gegenwart und das verantwortliche Handeln für eine lebenswerte Zukunft erkennen und leben wollen.

All diese Vorhaben sind durch Dr. Harald Schmid von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten in ein Innovationsprojekt gegossen worden, das von Bund, Land und Kirchenkreis Nordfriesland finanziert wird. Darüber sind wir ausgesprochen dankbar, denn es ist eine werte-volle Weiterentwicklung unserer Gedenkstättenpädagogik.

Hans-Joachim Ihloff ist Vorsitzender des Gedenkstättenausschusses der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund.

„Diese Arbeit ist etwas ganz Besonderes".
Ein Gespräch mit Raimo Alsen, dem neuen Leiter der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund*

Ulrich Jeß: Herr Alsen, Sie sind Lehrer an der Gemeinschaftsschule Leck, zusätzlich nun aber in der Gedenkstätte aktiv. Wie kam es zum neuen Posten?

Raimo Alsen: Ich habe mich schon während des Studiums besonders für Zeitgeschichte und Erinnerungskultur interessiert. Die Arbeit in einer Gedenkstätte war deshalb sehr reizvoll für mich. Zur Bewerbung ermutigt hat mich schließlich mein Schulleiter Holger Karde, der erkannt hat, dass die Arbeit für mich passend sei.

War Ihnen bekannt, was Sie in Ladelund erwartet?

Ja durchaus, denn ich hatte die Gedenk- und Begegnungsstätte bereits als Student im Rahmen eines Seminars und auch später mehrfach besucht. Mir war also klar, dass die Gedenkstättenarbeit in Ladelund etwas ganz Besonderes ist. Die einzigartige Versöhnungsgeschichte dieses Ortes war ein weiterer Grund, warum ich mich auf diese Stelle beworben habe.

Der Geschichtslehrer Raimo Alsen ist neuer Leiter der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. *Foto: Ulrich Jeß*

So hat die Gedenkstätte nun einen recht jungen neuen Leiter bekommen. Welche Schwerpunkte wollen Sie künftig setzen?

Wichtig wird für mich als Geschichtslehrer die Vernetzung mit den Schulen sein. Eine Schulklasse nur im Stile eines Klassenausflugs an die Gedenk- und Begegnungsstätte heranzuführen, ergibt in meinen Augen wenig Sinn. Denn ein nachhaltiger Lerneffekt ist meines Erachtens nur erreichbar, wenn dem Besuch der Gedenkstätte eine gründliche Vorbereitung vorangestellt wird und eine sinnvolle Nachbereitung erfolgt. Dazu möchte ich an Unterrichtseinheiten arbeiten, die die Schulen nutzen können. Hier kommt es uns sehr gelegen, dass unser Antrag auf Fördermittel jetzt auch vom Bund bewilligt wurde und wir unsere Dauerausstellung neu konzipieren können. Das von Dr. Harald Schmid erarbeitete Konzept soll an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst werden, neue Medien stärker einbeziehen und die verschiedenen historischen Erinnerungsorte besser miteinander vernetzen. Doch natürlich wird die Modernisierung nicht ausschließlich für Jugendgruppen ausgelegt sein – auch Erwachsene werden damit besser angesprochen. Für die Umsetzung der Neukonzeption ist es erforderlich, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter einzustellen. Des Weiteren halte ich die Zusammenarbeit mit anderen Gedenkstätten über die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein für sehr wichtig.

Wie stehen Sie zur Mitarbeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter an der Gedenkstättenarbeit?

Die Gedenkstätte wird von Ehrenamtlichen getragen und ich kann dies gar nicht genug betonen. Ich werde hier im Ort sehr positiv aufgenommen und erfahre sehr viel Unterstützung bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben. Ich freue mich, wenn wir noch weitere Ehrenamtliche für die spannende Gedenkstättenarbeit gewinnen können.

Ulrich Jeß ist Lehrer im Ruhestand und freier Journalist.

* Erstmals erschienen im Nordfriesland-Tageblatt, 28.2.2014.

Ausstellung: Judenverfolgung im November 1938 in Schleswig-Holstein

Aus Anlass des 75. Jahrestages des Überfalls auf die deutschen Juden in den Tagen und Nächten um den 9. November 1938 zeigt das Landesarchiv Schleswig-Holstein noch bis zum 19. September 2014 in Schleswig die Ausstellung „9. November 1938: Die ‚Reichskristallnacht' in Schleswig-Holstein" zum jüdischen Leben von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Parallel dazu wurde eine gleichnamige Wanderausstellung konzipiert. Nach ihrer ersten Station im Jüdischen Museum Rendsburg gastiert sie derzeit noch bis zum 13. April im Flandernbunker Kiel. Ab dem 26. April wird sie in der Gedenkstätte Ahrensbök präsentiert.

In Kooperation mit Prof. Dr. Gerhard Paul von der Universität Flensburg und der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein entstand für die Wanderausstellung ein detailreicher Überblick zu dem antijüdischen Pogrom sowie der Vorgeschichte der Jüdinnen und Juden in Schleswig-Holstein und den auf die „Reichskristallnacht" folgenden Jahren ihrer Stigmatisierung und Ermordung durch die Nationalsozialisten.

Nach jahrelanger Forschung an der Universität Flensburg insbesondere durch Dr. habil. Bettina Goldberg konnten neue Erkenntnisse über das Pogrom in unserem Land für die Ausstellung erarbeitet werden. Zahlreiche Bilddokumente aus der Fotosammlung der Universität Flensburg und Akten aus dem Landesarchiv dokumentieren das Schicksal schleswig-holsteinischer Familien jüdischen Glaubens. *(HS)*

Ausstellungseröffnung im Landesarchiv am 7. November 2013 (v.l.n.r.): Staatssekretär Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer, Kuratorin Julia Liedtke, Landesrabbiner Dr. Walter Rothschild, Leitender Archivdirektor Prof. Dr. Dr. Rainer Hering.
Foto: Heike Moldenhauer

Blick in die erste Station der Wanderausstellung im Jüdischen Museum Rendsburg.
Foto: Christian Walda

Moritz Heinrich (FBJ Politik) bei der Führung durch die Wanderausstellung im Flandernbunker Kiel.
Foto: Jens Rönnau

Aktivitäten und Entwicklungen im Flandernbunker Kiel

Jens Rönnau

Seit Beginn des Jahres 2014 hat der Verein Mahnmal Kilian im Flandernbunker ein überaus volles Programm. Grund: Zunehmend werden Ideen und Anfragen von Dritten an den Verein herangetragen und es entwickeln sich Projekte. Vermehrt nutzen Schulklassen die Angebote des Vereins, insbesondere die aktuelle Wanderausstellung zum Judenpogrom. Sogar der erste Kooperationsvertrag wurde von einer Schule angefragt.

Da der Verein aber Ende Februar alle neun Bürgerarbeiter verabschieden musste, weil die Bundesagentur für Arbeit andere Pläne hegt, muss derzeit vieles in Kiel hintenangestellt werden - ja, sogar laufende Projekte sind in ihrer Durchführung und Betreuung gefährdet, weil eine verstetigte Arbeit nur mit Ehrenamt nicht zu leisten ist.

Aktuell arbeiten für den Verein neben dem ehrenamtlichen Vorstand zwei Personen: Stefanie Brix als Leitung auf unbefristeter halber und vom Verein finanzierter Stelle sowie Moritz Heinrich noch bis Mitte April im Rahmen eines „Freiwilligen Bildungsjahres Politik", der über die Landeszentrale für politische Bildung und die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten finanziert wird. Teilweise musste der Bunker seine Öffnungszeiten einschränken, weil keine Personen für die Ausstellungsaufsicht gefunden werden konnten. Dennoch tun alle ihr Bestes, arbeiten sogar an einer professionellen Dauerausstellung ehrenamtlich weiter, für die es bereits eine Teilfinanzierung gibt.

Ein Hauptprojekt konnte schon als Preview am 14. Januar anlässlich des Festaktes zur Feier des Kieler Friedens von 1814 im Kieler Schloss eingeläutet werden: die internationale Ausstellung „Kieler Frieden 1814/2014 PEACE" mit Künstlerinnen aus Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland. Diese Ausstellung, die der Verein Mahnmal Kilian zusammen mit dem Bundesverband Bildender Künstler (BBK) kuratiert, wird am 4. Mai um 11.30 Uhr durch Ministerpräsident Torsten Albig und Vertreterinnen und Vertreter der vier Nationen im Flandernbunker eröffnet. Zur Beteiligung an diesem Mail-Art-Projekt sind aber auch alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen (Näheres unter www.mahnmalkilian.de). Das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa unterstützt die Ausstellung finanziell.

Preview zur Ausstellung „Kieler Frieden" am 14. Januar im Kieler Schloss (v.l.n.r.): Landtagspräsident Klaus Schlie, der norwegische Parlamentspräsident Olemic Thommessen, Dr. Jens Rönnau.
Foto: Roswitha Steinkopf

Pressekonferenz zum Ausstellungsprojekt „Kieler Frieden" am 13. Januar im Flandernbunker (v.l.n.r.): Ministerin Anke Spoorendonk mit den Kuratoren Dr. Jens Rönnau und den BBK-Künstlern Roswitha Steinkopf und Rainer Wiedemann.
Foto: Henning Repetzky

Aktuell sind im Flandernbunker vier Ausstellungen zu sehen: Neben den vorläufigen Dauerausstellungen „Bunker, Bomben, Menschen" mit Zeitzeugenberichten und „Erinnerungen an die U-Bootbunkerruine Kilian" läuft noch bis zum 20. April die Sonderausstellung „Mi-

chael Sailstorfer – Panzer im Bunker" – ein aufblasbares Unikum aus der Rüstungsproduktion zu Täuschungszwecken, das der Berliner Künstler Michael Sailstorfer umfunktionierte, sodass es sich ständig bläht und schrumpft. Parallel dazu gab es unter dem Motto „Militärisches Eingreifen oder Runder Tisch? Zur Rolle der Bundeswehr im Weltgeschehen" am 27. März eine Podiumsdiskussion mit Benno Stahn als Sprecher des Friedensforums Kiel, Ruben Reid vom Arbeitskreis Zivilklausel an der Christian Albrechts-Universität zu Kiel und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Dr. Hans Peter Bartels. Am 4. April ist ein Kieler Film zur Rüstungskonversion von Kay Ilfrich und Fredo Wulf zu sehen.

Ausstellung: Michael Sailstorfer – Panzer im Bunker.
Foto: Michail Evdokunin

Schließlich die vierte derzeit präsentierte Ausstellung: „9. November 1938 – Die ‚Reichskristallnacht' in Schleswig-Holstein", ein Projekt der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein. Die zunächst im Jüdischen Museum Rendsburg gezeigte Wanderausstellung wurde in Kiel eröffnet von Joshua Pannbacker, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Kiel, sowie Igor Wolodarski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein und Direktoriumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Sie wird von zwei Vorträgen begleitet: Am 24. März sprach der Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein, Jochim Liß-Walther, zum Thema „Antijudaismus und Antisemitismus im Christentum". Zur Finissage am 13. April hält Dr. Klaus Kellmann von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein den Vortrag „Die ‚Reichspogromnacht' am 9. November 1938 - Vorgeschichte, Ablauf und Auswirkungen bis heute". Die angebotenen Führungen werden insbesondere von Schulklassen sehr gut angenommen, teilweise im Rahmen von Halbtagsseminaren, die der Verein zusammen mit Schulen organisiert.

Hervorhebenswert ist die für den 16. und 17. Mai geplante Tagung „Erinnern, Erklären, Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen des 21. Jahrhunderts". Sie wird im Marine-Ehrenmal Laboe und im Flandernbunker durchgeführt. Veranstalter sind die Deutsche Maritime Akademie – Stiftung des Deutschen Marinebunds und die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. Hierbei geht auch um den Grundgedanken des Runden Tisches für unterschiedliche Positionen.

Besonders im ersten Halbjahr 2014 kann der Verein Mahnmal Kilian mit diesem Programm im Flandernbunker einen wesentlichen Teil der angestrebten Bandbreite seines Diskursortes zur Geschichtsvermittlung mit dem Ziel der Völkerverständigung und Friedensförderung ausloten.

„Niemand war dabei und keiner hat`s gewusst"? Die verdrängte Erinnerung an die frühen Konzentrationslager in Ostholstein nach 1945

Jörg Wollenberg

Was hat die deutsche Bevölkerung über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen gewusst? Nach langem Leugnen folgte erst in den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts das offizielle Eingeständnis, dass die Deutschen für zahlreiche Verbrechen in der NS-Zeit verantwortlich zeichneten. Aber diese Einsicht bezog sich eher auf ein Ereignis, an dem nur wenige deutsche Personengruppen direkt beteiligt waren: die Ermordung der europäischen

Juden. Dagegen blieb das Wissen von der Beteiligung der Deutschen an einer der grundlegenden Einrichtungen des NS-Systems bis heute eigenartig diffus: den unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machteroberung und lange vor dem Holocaust in aller Öffentlichkeit vor Ort eingerichteten frühen Konzentrationslagern.

Zu den ersten dieser Lager gehörten auch die seit Anfang März 1933 in Ostholstein eröffneten Konzentrationslager in Eutin und Ahrensbök, an die sich bis heute viele Bürger nicht erinnern wollen. Dabei verloren die 1933/34 in die KZ eingelieferten „Schutzhäftlinge" trotz aller Einschränkungen nicht einmal alle Bürgerrechte während ihrer Haftzeit. Per Rundschreiben von Reichsinnenminister Wilhelm Frick wurde ihnen zum Beispiel die Beteiligung an der Reichstagswahl und den Volksabstimmungen im November 1933 erlaubt. Und der von Anfang an mit den braunen Machthabern eng kooperierende evangelisch-lutherische Propst der Landeskirche Eutin, Wilhelm Kieckbusch, setzte sich am 13. März 1934 öffentlich dafür ein, in den Konzentrationslagern Andachten abzuhalten und den Konfirmanden das Tragen der Kleidung des Jungvolks, der HJ oder des BDM in der Kirche zu erlauben. Den Häftlingen gestattete man Besuche von Verwandten, das Lesen von Zeitungen und Büchern ebenso wie den Kontakt zu Anwälten.

Die Führung des „Dritten Reiches" förderte öffentliche Verlautbarungen und (bestellte) Leserbriefe über das KZ, die zur vorzeitigen Entlassung führen konnten. Am 8. Februar 1934 veröffentlichte beispielsweise der „Lübecker Generalanzeiger" einen Leserbrief des im Oktober 1933 wegen Unterschlagung von Betriebsgeldern ins KZ Ahrensbök eingelieferten und nach wenigen Tagen wieder entlassenen Vorsitzenden des Betriebsrats der Schwartauer Werke, Christian Siewerts. Als „ehemaliger Schutzhaftgefangener des Konzentrationslagers Holstendorf-Ahrensbök" verurteilte er die öffentliche „Greuelhetze im Konzentrationslager" durch die „Saboteure der nationalen Bewegung", verteidigte den hinlänglich als brutalen Schläger bekannten KZ-Kommandanten Theodor Tenhaaf als „Vorbild für die Wachleute" und fügte hinzu, er habe „von Gummiknüppel und Peitschenhieben" nichts bemerkt – „alles marxistische Greuelhetze und Märchen… Kurz: das KL war bestimmt kein Paradies, aber auch lange nicht die Hölle". Die immer noch „verbohrten Marxisten" forderte er auf, sich „vom alten Wahn der Befreiung der Arbeiterschaft durch Moskaus Juden loszusagen und in der Kameradschaft der SA sich der großen Volksgemeinschaft Adolf Hitlers anzuschließen".

Weil die nationalsozialistische Regierung mit der Einrichtung der frühen KZ nicht nur auf Verfolgung, sondern auch auf „Umerziehung" der Gegner setzte, wurde die Berichterstattung über die Verfolgung und Verhaftung der „Schutzhäftlinge" keineswegs unterdrückt. Auch die damals in Ostholstein verbreiteten Zeitungen informierten immer wieder darüber.

Der konservative, gleichgeschaltete „Anzeiger für den Landesteil Lübeck" veröffentlichte als „Regierungsblatt" mit einer Auflage von rund 4.000 Exemplaren zwischen dem 22. März 1933 und Anfang Mai 1934 mindestens 15 Artikel mit bis zu 70 Zeilen über die Konzentrationslager in Eutin und Ahrensbök. Ebenfalls berichteten die zweimal wöchentlich erscheinenden „Ahrensböker Nachrichten" (AN) vom 1. April 1933 bis zum 9. Juli 1934 regelmäßig über die „Schutzhaft" wie auch der „Lübecker Volksbote". Letzterer wurde bis zu ihrer Verhaftung von den entschiedenen Hitler-Gegnern unter den Sozialdemokraten, Julius Leber und Fritz Solmitz, redaktionell geleitet, die mit zu den ersten Opfern der NS-Willkür gehörten.

So veröffentlichte die AN am 18. Mai 1934 die Mitteilung der Regierung des oldenburgischen Landesteils Lübeck, dass „am 9. Mai 1934 das Konzentrationslager Ahrensbök" aufgelöst worden sei. Und wenige Tage später finden wir in der Pfingstausgabe inmitten eines ganzseitigen Werbeblocks für das Heimatfest in Ahrensbök die „Aufforderung: Alle diejenigen, die noch Forderungen haben an die Verwal-

tung des Konzentrationslagers (nicht des freiwilligen Arbeitsdienstes), werden hiermit aufgefordert, ihre Rechnungen bis zum 25. d. M. an Unterzeichneten einzureichen. Theodor Tenhaaf, Obersturmführer, Eutin, Voßplatz 4".

Dazu kamen Nachrichten, Flugblätter und Bücher über die frühen KZ, meist verfasst von Häftlingen, die nach ihrer Freilassung ins Exil gingen. Hans Beimlers Bericht nach seiner Flucht aus dem „Mörderlager Dachau" vom 19. August 1933 gehört ebenso dazu wie der von Wolfgang Langhoff über 13 Monate Konzentrationslager in den Emslandlagern („Moorsoldaten") von 1935 oder Veröffentlichungen der Exil-SPD aus Karlsbad.

Umso mehr muss es verwundern, dass die Stadt- wie auch die Kreisverwaltung Eutin auf Anfragen der zentralen historischen Kommission München vom Oktober 1946 antwortete: „In der Stadtgemeinde Eutin haben Konzentrations- oder Zwangsarbeiterlager in den Jahren 1933 bis 1945 nicht bestanden". So steht es im Schreiben an die Kreisverwaltung in Eutin vom 29. November 1946, die damals von dem Kreisdirektor Friedrich Streekmann geleitet wurde, der selbst vom 26. Juli bis zum 26. September 1933 KZ-Häftling in Eutin war und Zwangsarbeit beim Straßenbau in Sielbeck leisten musste.

Und der in der „Kunst des Wegtauchens" (Willy Brandt) zwischen 1933 und 1945 geübte, von der englischen Besatzungsmacht eingesetzte Ahrensböker Gemeindedirektor Otto Körner (SPD) hatte ebenfalls Erinnerungslücken, ohne die Existenz der Konzentrationslager ganz zu leugnen. Körner nennt das Konzentrationslager Ahrensbök „KZ-Sammelstelle in der Plöner Str. 15". An das Vorgängerlager in Ahrensbök-Holstendorf fehlt jede Erinnerung, auch noch in dem Schreiben des damaligen Ahrensböker Bürgermeisters Wedde vom 19. August 1974 an den Internationalen Suchdienst in Arolsen.

Die unzureichende Kenntnis verwundert, war aber durchaus typisch für die „Kunst" des Verdrängens nach 1945. Dabei gab es Hinweise auf die Konzentrationslager in Eutin und Ahrensbök nicht nur in der Presse von 1933/34. Auch international verbreitete Übersichtskarten – wie die in Paris hergestellte, während der Olympischen Spiele von 1936 in Berlin verteilte „Landkarte des Terrors" – erwähnen die Lager in Ostholstein. Und der Bericht des US-Geheimdienstes vom 3. Oktober 1944 über „Concentration Camps in Germany" führt Eutin und Ahrensbök als Standorte für ein KZ ebenso auf wie das „Dokument F 321" für den Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg von 1945, das mehrfach nachgedruckt wurde. Allerdings wird Ahrensbök dort unzutreffend als ein „Lager für Juden" vorgestellt.

Nicht unerwähnt bleiben sollte in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass das vorgegebene Nichtwissen oder das nachträgliche Verdrängen der frühen KZ auch mit darauf zurückgeführt werden könnte, dass die Schutzhäftlinge hier erstmals in Deutschland im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) eingesetzt wurden und deshalb im Weißen Drillich des FAD zur Arbeit marschierten – und nicht in der gestreiften Kleidung, die sich später im öffentlichen Bewusstsein als Symbol für KZ-Häftlinge einbrannte.

Dagegen ist festzuhalten, dass der erste nach 1945 gewählte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann (SPD), seine Landesverwaltung als Innenminister schon am 29. November 1946 anwies, die Landkreise aufzufordern, „Massengräber von Opfern im Konzentrationslager" anzulegen und die „Ausgestaltung der Grabanlagen und die Errichtung von Gedenksteinen nach vorgelegten Plänen sofort in Angriff zu nehmen". Der in Lübeck geborene frühere Oberpräsident von Niederschlesien war nach seiner Absetzung im März 1933 in einem demütigenden „Triumphzug" mit einer Schubkarre durch Breslau gefahren und misshandelt worden, bevor er vom NS-Polizeipräsidenten in das KZ Breslau-Dürrgoy eingeliefert wurde. Bis heute warten Lüdemanns Anweisungen vom November 1946 auf eine vollständige Realisierung.

Was ist daraus bis heute geworden? Eine Frage, die in der Gedenkstätte Ahrensbök deshalb eine besondere Bedeutung erfährt, weil hier sich nicht nur der Anfang, sondern auch das Ende der NS-Diktatur beispielhaft thematisieren lassen. Denn der überregionalen Bedeutung der ersten Etappe der „Machterschleichung" (Anna Siemsen) entspricht das Ende des Krieges mit dem in der Gedenkstätte Ahrensbök als Dauerausstellung präsentierten Evakuierungs- und Todesmarsch von Auschwitz nach Ahrensbök – und einer weiteren Zuspitzung: Ab Mitte April 1945 befand sich in dieser Region der Sitz der NS-Reichsregierung (Eutin und Plön, später Flensburg).

Von Lübeck aus setzte Reichsführer-SS Heinrich Himmler die Separatverhandlungen über einen Sonderfrieden mit den Westalliierten fort, verbunden mit dem Angebot, dafür KZ-Häftlinge auszuliefern. „Blut für Waffen" nannten Himmler und sein Geheimdienstchef Walter Schellenberg dieses Geschäft, dem Tausende von jüdischen Häftlingen ihr Überleben mit Hilfe des Schwedischen Roten Kreuzes (die „Weißen Busse" des Grafen Bernadotte) verdankten, darunter auch rund 50 Juden des Todesmarsches von Auschwitz nach Ahrensbök und über 3.000 französische Jüdinnen aus dem Lager Ravensbrück. Aber Graf Folke Bernadotte verweigerte sich, die große Gruppe der in Holstein internierten Juden aus den osteuropäischen Ländern mit zu berücksichtigen und so zu retten. Sie kamen zusammen mit den noch nicht repatriierten rund 1.000 Zwangsarbeitern aus Ahrensbök ab Mitte Mai 1945 in die nahegelegenen Displaced-Persons-Lager in Neustadt und in das Sammellager der Ostseebäder Haffkrug und Sierksdorf mit insgesamt rund 10.000 Personen, davon alleine 6.000 Polen. Im Volksmund der Ostsee-Bäder hieß diese kurze, heute ebenfalls verdrängte Nachkriegsperiode „Polen-Zeit".

Prof. Dr. Jörg Wollenberg ist pensionierter Hochschullehrer, Kurator der neuen Dauerausstellung in Ahrensbök und seit Gründung Mitglied des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V.

Gedenkstätte unterwegs. Geschichtsvermittlung in der Inselschule Fehmarn

Ingaburgh Klatt

Über 120 Schüler/innen der sechs 10. Klassen und einige Lehrer/innen fanden sich am 28. Januar 2014 in der Aula der Inselschule Fehmarn ein. Einen Tag nach dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus wollten sie erfahren, wie die Gedenkstätte Ahrensbök an die Zeit des „Dritten Reiches" erinnert und wie sie dieses Erinnern mit der Gegenwart verknüpft.

Da es ja nicht ganz so leicht ist, so viele Schüler/innen in die zirka 60 Kilometer entfernte Gedenkstätte zu bringen, musste diese in Gestalt der früheren und der jetzigen Vorsitzenden des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V. eben zu ihnen kommen. Deshalb stellten Monika M. Metzner-Zinßmeister und Ingaburgh Klatt im Wechselgespräch die Arbeit der Gedenkstätte vor – mit einer Power-Point-Präsentation sowie einem Film, in dem der Zeitzeuge Samuel Taube und seine Frau ihr Schicksal in der NS-Zeit und ihr Entkommen nach Schweden sehr eindrucksvoll beschreiben.

Das ursprünglich 1883 als Direktionsvilla eines Zuckerfabrikanten errichtete Gebäude der heutigen Gedenkstätte ist der einzige authentische Ort in Schleswig-Holstein, in welcher sich die Gräueltaten der Nationalsozialisten von den Anfängen 1933 bis zum Ende 1945 aufzeigen lassen.

Vom 3. Oktober bis zum 5. Dezember 1933 wurde das Haus als frühes Konzentrationslager für „Schutzhäftlinge" genutzt. Schon vorher hatte es als Lager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes", einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Weimarer Republik, von Oktober 1932 bis März 1933 „Reichsbanner"-Jugendlichen und dann ab April 1933 SA-Männern gedient. Dieses Kapitel wird in einer Dauerausstellung im Obergeschoss der Gedenkstätte beleuchtet.

Ab dem 8. Dezember 1933 wurden in dem kurzerhand zur Schule umgebauten KZ bis zum 9. März 1934 Realschüler/innen unterrichtet. Sie waren aus ihrer als Reformrealgymnasium 1928 erbauten Schule vertrieben worden, damit dort eine SA-Schule eingerichtet werden konnte. Nach dem 9. März konnten die Schüler/innen ihre Schulzeit in Bad Schwartau und Eutin fortzusetzen oder eine nach Ostern 1934 im „Hotel Stadt Hamburg" eröffnete private Realschule in Ahrensbök besuchen. Zur nationalsozialistischen Schulpolitik am Beispiel Ahrensbök eröffnet die Gedenkstätte am 7. Dezember 2014 eine Ausstellung.

Als 1936 auf dem Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik eine Flachsröste zur Herstellung von Leinen eingerichtet wurde, war die Villa Verwaltungsgebäude und Wohnhaus des Geschäftsführers. Nach Kriegsbeginn wurden Zwangsarbeiter/innen aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Staaten rekrutiert, die auch in der Flachsröste arbeiten mussten. Bei einer Bevölkerungszahl von etwa 5.500 Menschen im Großraum Ahrensbök waren 1939 bis 1945 1.294 Zwangsarbeiter/innen zur Arbeit gezwungen.

Als 1945 die Häftlinge auf Befehl Himmlers aus den Vernichtungs- und Konzentrationslagern Richtung Westen evakuiert wurden, um keine Zeugen in die Hand der Alliierten fallen zu lassen, führte auch ein „Todesmarsch" von Auschwitz nach Holstein. In der letzten Etappe, auf dem Fußmarsch von Lübeck nach Neustadt, waren die Häftlinge für etwa zwei Wochen auf Ahrensböker Gebiet, in einer Scheune in Siblin und dem Gutshof Neuglasau untergebracht. Von dort konnten 48 westeuropäische Häftlinge nach Schweden gerettet werden. Die übrigen kamen auf die „Cap Arcona" und andere Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht, wo die meisten bei einem Bombenangriff der englischen Luftflotte am 3. Mai 1945 ums Leben kamen. Die Ausstellung „Todesmarsch von Auschwitz nach Holstein" erinnert seit 2001 an dieses furchtbare Drama deutscher Geschichte.

Der Trägerverein der Gedenkstätte hat mehrfach Überlebende eingeladen, unter anderen Samuel Taube, der nach Schweden entkommen konnte. So entstand der Film „Wegzeichen" (2001) von Martina Fluck, der stark anrührt. Aber auch Überlebende der Cap-Arcona-Katastrophe wie Sam Pivnik und Benjamin Jacobs besuchten das Haus.

Im Gespräch mit Besucher/innen, insbesondere Schüler/innen und Jugendlichen, wird immer der Bezug zur Gegenwart gesucht, damit erkannt wird, dass fehlende Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersgläubigen, Andersfarbigen auch heute zu Ausgrenzung und in der Folge zur Vernichtung führen kann. Darin liegt der Sinn, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen – daraus für heute zu lernen! Wir hoffen, dass auch die Schüler/innen der Inselschule Fehmarn dieses so empfunden haben.

Dr. Ingaburgh Klatt ist Vorsitzende des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V.

Husum-Schwesing: Kreistag Nordfriesland macht den Weg frei für eine Freiluft-Ausstellung

Im Jahre 2009 hat der Kreistag Nordfriesland beschlossen, auf dem historischen Gelände des früheren Konzentrationslagers Husum-Schwesing mit einem Investitionsvolumen von zirka 2,7 Millionen Euro und laufenden jährlichen Betriebskosten von etwa 350.000 Euro eine „arbeitende" Gedenkstätte mit Dokumentenhaus, Dauerausstellung und hauptamtlicher Bildungsarbeit zu errichten. Seither hat der Kreis versucht, die Bedingungen vor Ort mit diversen kleineren Schritten zu verbessern, zuletzt beispielsweise mit dem Aufstellen neuer Hinweisschilder und der Anlage eines barrierefreien Zugangsweges. In der Hauptsache gab es bislang wenig greifbare Fortschritte, eine Finanzierung ist schwierig. Auch die Landesregierung konnte dem Kreis jüngst keine Hoffnung machen: Es werde in dieser Le-

gislaturperiode keine Finanzierung dieser avisierten, hauptamtlich betriebenen Gedenkstätte geben, so betonte Kulturministerin Anke Spoorendonk bei der Diskussionsveranstaltung „Wie weiter mit der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing?" am 27. Januar dieses Jahres im Rathaus Husum.

Am 25. März nun hat der Kreistag entschieden, zwei Beschlüssen des Kuratoriums der Stiftung Nordfriesland – der zukünftigen Trägerin der Gedenkstätte – zu folgen. Zum einen soll in Husum-Schwesing eine wissenschaftliche Außenausstellung realisiert werden, und zwar ergänzend zu der weiterhin verfolgten „großen Konzeption". Zum anderen soll ein pädagogisch-didaktisches Vermittlungskonzept erarbeitet und ein erstes Schülerprojekt organisiert werden. Letzteres soll über einen Projektantrag bei der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten finanziert werden, ersteres vor allem durch eine größere zweckgebundene Spende, die Karin Penno-Burmeister im Rahmen des von ihr geleiteten Fundraising- und Professionalisierungsprojekts „ProGedenkstätten" eingeworben hat.

Mit diesen Beschlüssen könnte es der Gedenkstätte Husum-Schwesing gelingen, den Anschluss an die dynamische, insbesondere auf Professionalisierung zielende Entwicklung in der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenlandschaft zu finden. Auch mit Blick auf weitere Initiativen, etwa zur Gründung eines Freundeskreises für Husum-Schwesing, wären mit einer wissenschaftlichen Außen-Ausstellung vor Ort und einem Vermittlungskonzept wesentliche Voraussetzungen für professionelle zeitgemäße Bildungsarbeit gegeben. *(HS)*

Erinnerungskultur und Kunst – Atelierhausgespräch in Kiel

Heino Schomaker

„Erinnerungskultur braucht die Kunst! Aber gilt das auch umgekehrt?" Diese Frage des Politikwissenschaftlers und Historikers Dr. Harald Schmid brachte die unterschiedlichen Sichtweisen auf das Verhältnis von Erinnerungskultur und Kunst auf einen markanten Punkt. Dieses Thema stand im Mittelpunkt des zweiten Atelierhausgesprächs im Anscharpark, das aus Anlass der Finissaqe der Ausstellung von Per Kirkeby und Augustin M. Noffke „[FESTGEHALTEN] – Zeichnung | Erinnerung | Archiv" stattfand. Allerdings konnte die Frage nicht eindeutig beantwortet werden und teilte damit das Schicksal von weiteren zentralen Fragen, mit denen sich die rund 40 TeilnehmerInnen am ersten Märzsonntag konfrontieren ließen.

Vergangenheit ist unabwendbar. Es geht um die Erzählung des Vergangenen, um Vergessen und Erinnern, um Interpretationen und Deutungsmacht. Und es geht um handelnde Akteure aus Politik, Wissenschaft und Kunst und deren jeweilige Interessen. Die Erinnerung des Nationalsozialismus habe sich, so Schmid, aus einer Opposition zu staatlichem Handeln und gesellschaftlichen Debatten inzwischen zu einem Mainstream entwickelt und sei in vielen Facetten ritualisiert. Dies manifestiere den machtpolitisch inspirierten Umgang mit Vergangenheit. Die Aufgabe von Kunst sei es, mit der Kraft der subversiven Intervention öffentlich einen Kontrapunkt zu setzen und Rituale zu stören und zu hinterfragen.

Wie das aussehen kann zeigte Prof. Arnold Dreyblatt von der Muthesius-Kunsthochschule mit Beispielen aus seinem sehr umfangreichen künstlerischen Schaffen. Mit unterschiedlichen Formaten bearbeitet Dreyblatt das Verhältnis von individuellem und kollektivem Gedächtnis mittels Texten. Dabei geht es immer wieder darum, was wir erinnern und wer darüber entscheidet. Was wird gespeichert – und was

nicht? Die Fülle von Informationen, die in den letzten Jahren insbesondere durch die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechniken entstanden ist, macht Transparenz unmöglich – und damit auch eine öffentliche Verständigung darüber, was „wichtig" ist und was „weg kann".

Diesen Aspekt griff der Hamburger Künstler Augustin M. Noffke auf, dessen handgemalte Landschaftsgrafiken in der rahmengebenden Ausstellung zu sehen waren. Für ihn wirft die Digitalisierung der Welt die Frage auf, ob und wie weit man heute noch von selbst erlebter Geschichte reden könne. Es gehe darum, den „Eros des Entdeckens" neu zu entwickeln und den Menschen selbst als das wirklich wichtige „Archiv" zu verstehen. Im Zentrum stehe die Frage, ob die Kunst heute noch die Kraft habe, Bilder zu entwickeln, die in eine ernsthafte Konkurrenz zu den modernen Formen des Erinnerns treten könnten. Zum Schluss gelang Noffke eine Formulierung, die auch der Titel des Abends hätte sein können: „Das ist alles höchst kompliziert!"

Das zweite Atelierhausgespräch im Ansgarpark hat gezeigt, dass hier ein Format entsteht, in dem diese „höchst komplizierten" Zusammenhänge sehr niveauvoll erörtert werden können, ohne unterschiedliche Zugänge und Wertungen zu priorisieren und offene Fragen oberflächlich zu den Akten zu legen. Das ist ein sehr vielversprechender Beginn.

Heino Schomaker ist Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein.

Erinnern, Erklären, Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen des 21. Jahrhunderts. Eine Tagung in Laboe und Kiel am 16./17. Mai 2014

Struktur, Ausmaß und Folgen der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft haben nach 1945 viele Fragen und Herausforderungen aufgeworfen. Schuld, Verantwortung, Erinnerung lauten so drei zentrale Diskussionsfelder der kontroversen Selbstverständigung in dieser Republik. In einem jahrzehntelangen öffentlichen Prozess gelang es, in zahlreichen Debatten die (selbst)kritische Auseinandersetzung mit der Epoche des „Dritten Reiches" zu etablieren. Die deutsche Erinnerungskultur ist so von tiefen, teils lang anhaltenden Konflikten geprägt, etwa zwischen den Erlebnisgenerationen und den Nachfolgegenerationen oder zwischen Tätern, Mitläufern und Opfern. Teil dieser Geschichtsdiskussionen war und ist auch das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Gedenkkultur, das die Tagung in den Mittelpunkt rückt.

Der Anstoß zu der zweitägigen Tagung im Marine-Ehrenmal in Laboe und im Flandernbunker Kiel ist der 60. Jahrestag der Rückgabe des Marine-Ehrenmals. Am 30. Mai 1954 wurde das von 1927 bis 1936 in Laboe bei Kiel zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten der Kaiserlichen Marine errichtete Marine-Ehrenmal von den Alliierten an den zwei Jahre zuvor gegründeten Deutschen Marinebund (DMB) zurückgegeben. Anlässlich der Übergabefeier widmete der damalige Präsident des Deutschen Marinebunds, der ehemalige U-Boot-Kommandant Otto Kretschmer, das Ehrenmal in Anwesenheit amerikanischer, britischer und italienischer Marineoffiziere „dem Gedenken aller toten deutschen Seefahrer beider Weltkriege". Zugleich gedachte er auch der alliierten Kriegstoten. Damit wurde eine neue Gedenktradition begründet, der sich der Deutsche Marinebund seither verpflichtet fühlt: Statt Revanche für die erlittene Niederlage war das Ziel fortan die Versöhnung mit den ehemaligen Gegnern. Das Marine-Ehrenmal wurde zu einem Ort der Erinnerung nicht nur an die gefallenen deutschen Marineangehörigen, sondern an die Seeleute aller Nationen, die in beiden Weltkriegen ihr Leben verloren.

Der DMB möchte den 60. Jahrestag der Rückgabe des Marine-Ehrenmals zum Anlass nehmen, um über die Gegenwart und Zukunft von

Gedenken und Gedenkkultur sowie um die Präsentation von zivilen und militärischen Gedenkstätten zu diskutieren. Die Tagung wird ausgerichtet von der Deutschen Maritimen Akademie – Stiftung des Deutschen Marinebunds (DMA) in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), um so beide Perspektiven, die zivile und die militärische, kritisch miteinander ins Gespräch zu bringen.

Maximale Zahl der Teilnehmer/innen: 50 (Anmeldung in der Reihenfolge des Eingangs). Tagungsbeitrag: 20 Euro (inklusive 2 Mittagessen, 1 Abendessen, Tagungsgetränke). Ermäßigter Tagungsbeitrag (Studierende, Rentner/innen, Arbeitslose): 10 Euro. Anmeldeschluss: 30. April 2014. Anmeldungen über: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de.

Programm

Freitag, 16. Mai 2014
Tagungsort: Marine-Ehrenmal in Laboe, Strandstraße 92, 24235 Laboe

11.00 Uhr	Führung durch das Marine-Ehrenmal, Dr. Jann M. Witt, Deutscher Marinebund
12.30 Uhr	Mittagessen
14.30 Uhr	Begrüßung und Grußworte Karl Heid, Präsident des Deutschen Marinebunds Uta Körby, 1. Vorsitzende der LAGSH Jürgen Weber, Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages (SPD) Stephan J. Kramer, ehem. Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland
15.00 Uhr	**Einführungsvortrag** Britische Geschichts- und Erinnerungspolitik und der Erste Weltkrieg, Prof. Dr. William Niven, Universität Nottingham
15.30 Uhr	Kaffeepause
16.00 Uhr	**Sektion 1: Militärische und zivile Gedenkkultur** Traditionen militärischer Gedenkkulturen, Christian Jentzsch, Korvettenkapitän, Marineschule Mürwik Die Diskussion um das Bundeswehr-Ehrenmal, Dr. Sabine Mannitz, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
17.30 Uhr	Kaffeepause
18.00 Uhr	**Sektion 2: Exemplarische Orte** Das Marine-Ehrenmal in Laboe - Erinnern und Erklären, Dr. Jann M. Witt, DMB Der Flandernbunker in Kiel im Kontext der Erinnerungskultur, Dr. Jens Rönnau, Verein Mahnmal Kilian
19.30 Uhr	Abendessen
20.30 Uhr	**Abendveranstaltung „Mythos Kriegsmarine"** Filmvorführung und Diskussion mit dem Regisseur Knut Weinrich

Sonnabend, 17. Mai 2014
Tagungsort: Flandernbunker Kiel, Hindenburgufer 249, 24106 Kiel

09.00 Uhr	Rundgang über den Kieler Nordfriedhof, Ernst Scholz, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
10.15 Uhr	Kaffeepause
10.45 Uhr	Führung durch den Flandernbunker, Dr. Jens Rönnau, Verein Mahnmal Kilian
11.45 Uhr	**Sektion 3: Exemplarische Ereignisse** Kiel zwiegespalten - die Erinnerung an den Matrosenaufstand von 1918, Prof. Dr. Oliver Auge, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Die Versenkung der Cap Arcona 1945, Daniel Long, Universität Nottingham

13.15 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr **Sektion 4: Ausblick: Gedenken im 21. Jahrhundert**
Militärisches Gedenken aus Sicht der Militärseelsorge, Klaus Grunwald, Leitender ev. Militärdekan, Köln
Die Zukunft des Gedenkens und der Gedenkstätten, Dr. Detlef Garbe, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

16.00 Uhr **Tagungsfazit**
Zivile und militärische Erinnerungskulturen – ein Resümee
Dr. Harald Schmid, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Schluss mit den Ritualen! 9. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein 19. - 21. September 2014

Die Frage nach der Zukunft des Gedenkens und Erinnerns steht im Mittelpunkt der diesjährigen Landesgedenkstättentagung. Mit dem Thema Rituale wird ein zentrales – und oft kritisiertes – Feld der Erinnerungskultur diskutiert: Brauchen wir Rituale? Welche Funktionen erfüllen sie im öffentlichen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit? Sind sie verzichtbar? Oder geht es nur um die Alternative „alte Rituale, neue Rituale"?

Veranstalter/innen der Tagung sind unter anderem der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein, die Burgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstatten, der Gedenkstättenbeauftragte der Nordkirche, die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, die Heinrich-Boll-Stiftung Schleswig-Holstein und die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstatten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.

Alle Gedenkstättenaktiven, am Umgang mit dem Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und darüber hinaus sowie an Fragen der Erinnerungskultur Interessierten sind herzlich dazu eingeladen. Anmeldungen zur Tagungsteilnahme/Übernachtung bei der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Schweizer Straße 58, 23714 Bad Malente-Gremsmühlen, Tel. 04523-88097-0, Fax 04523-8809728, E-Mail: ph@heinemann-bildungsstaette.de.

Programm

Freitag, 19. September

19:00 Uhr Begrüßung, Vorstellung, Überblick, Dr. Hauke Petersen (Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Malente)

19:15 Uhr Schon wieder „Nie wieder": Wozu Rituale in der Erinnerungskultur? Diskussion u.a. mit Dr. Elke Gryglewski (Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin), Dr. Ulrike Jureit (Hamburger Institut für Sozialforschung), Moritz Heinrich (FBJ Politik, Flandernbunker Kiel). Moderation: Dr. Hauke Petersen

Samstag, 20. September

09:00 Uhr Schluss mit den Ritualen? Funktionen, Kritik und Perspektiven, Dr. Harald Schmid (Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten)

10:30 Uhr Kaffeepause

11:00 Uhr Film: „sound in the silence" (D 2013) von Jens Huckeriede. Filmgespräch mit Michael Wendt, Stadtteil- und Kulturzentrum Motte, Hamburg

13:00 Uhr Mittagspause

15:00 Uhr Einführung in die Workshops: Von alten zu neuen Ritualen? Entwicklungen in den Erinnerungskulturen, Mirjam Gläser (Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein)

15:30 Uhr Workshops

1) Von Kriegerdenkmälern zu spätmodernen „Helden" (Ulrich Hentschel, Evangelische Akademie der Nordkirche)
2) Internet und Erinnerungskultur (Dr. Hauke Petersen)
3) Migrationsgesellschaft(en) und Erinnerungskultur (Dr. Elke Gryglewski)
4) Rituale und Rechtsextremismus (Mirjam Gläser)
5) Gender und Rituale (Gabi Mehmel)

17:00 Uhr Reflexion der Workshops Moderation: Mirjam Gläser

18:30 Uhr: Abendessen

20:00 Uhr Filmabend: „Finsterworld" (D 2013) von Frauke Finsterwalder, danach Möglichkeit zum Gespräch. Einführung und Moderation: Dr. Harald Schmid

Sonntag, 21. September

09:00 Uhr „7x jung. Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt". Ein Berliner Projekt, Jan Krebs (Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.)

10:30 Uhr Kaffeepause

11:00 Uhr Regionale Entwicklungen: Zur Lage der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. Moderation: Uta Körby

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

Tabuisierung von Verbrechen und Solidarisierung mit Tätern. Eine neue Studie über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den nordelbischen Landeskirchen

Hauke Petersen

Schleswig-Holsteins braune Vergangenheit ist mittlerweile auch über wissenschaftliche Kreise hinaus bekannt; Affären wie die des Euthanasie-Arztes Werner Heyde oder der Auftritt Karl Dönitz' in einem schleswig-holsteinischen Gymnasium sind untrennbar mit der Landesgeschichte verbunden. Für weite Teile der Landespolitik, des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens des Landes wird zu Recht von einer „Renazifizierung" nach 1945 gesprochen. Bisher weitgehend unbekannt war dagegen die Rolle der Evangelischen Kirche nach dem Ende des Nationalsozialismus im Norden. Dies hat auch die Nordelbische Kirche selbst erkannt und dem Historiker und Gedenkstättenbeauftragten der Nordkirche, Dr. Stephan Linck, die Aufgabe erteilt, dieser Frage nachzugehen.

Nun liegt der erste Band seiner Untersuchung vor. In seinem 2013 erschienenen Buch „Neue Anfänge? Der Umgang der evangelischen Kirche mit de NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien" befasst sich Linck in räumlicher Perspektive mit den vier Landeskirchen auf dem Gebiet Schleswig-Holsteins und Hamburgs: Dies sind die Landeskirche Schleswig-Holsteins, die evangelisch-lutherische Kirche in Lübeck, die Landeskirche Eutin und die Kirche im Hamburgischen Staat. In zeitlicher Perspektive behandelt Linck die Periode von 1945 bis 1965, also die ersten zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus, in denen „der Nationalprotestantismus in den untersuchten Landeskirchen noch die Deutungshoheit hatte" (S. 15).

Die Antwort auf die Frage nach der Rolle der Kirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg nach 1945 gibt Linck bereits auf der ersten Seite der Einleitung: „Der Untersuchungszeitraum ist in den nordelbischen Landeskirchen geprägt von einem verdrängenden und entschuldenden Umgang mit der NS-Vergangenheit, einer weitgehenden Ausblendung des Judentums und einem konfrontativen Antikommunismus." Weiter heißt es: „Neuorientierungen, die sich in anderen Landeskirchen vollzogen, waren in den lutherischen Kirchen des Nordens weniger prägend" (S. 15).

Die Beweisführung für diese These erarbeitet Linck anhand dreier Aspekte. Im ersten Kapitel geht es um „Schuld und Sühne", also um den Übergang der Landeskirchen aus der Zeit des Nationalsozialismus in die Zeit der jungen Bundesrepublik. Gab es eine Kontinuität in organisatorischen und personellen Belangen? Zudem wird hier gefragt nach den Versuchen der Kirche, im neuen System zu neuer Glaubwürdigkeit zu kommen. Im zweiten Kapitel erörtert der Autor das Verhältnis zwischen Christen und Juden – also das Verhalten der Landeskirchen gegenüber jüdischen Gemeinden und Vertretern auf der einen und den Antisemitismus in den Landeskirchen auf der anderen Seite. Im dritten und letzten Kapitel beschäftigt sich Linck mit „dem Osten". So wird hier gefragt, wie die Integration der Ostflüchtlinge gelang und welche Rolle der Antikommunismus für die Weltanschauung und Selbstverortung der Landeskirchen spielte.

Vorangestellt sind den drei Hauptkapiteln einleitende Bemerkungen zu Struktur und Eigenschaften der vier Landeskirchen. Aus den zahlreichen statistischen Untersuchungen geht vor allem der hohe Grad an Unterschiedlichkeit der untersuchten Gebiete hervor. Während die Landeskirche Schleswig-Holstein 1950 2,4 Millionen Mitglieder hatte und die Landeskirche Hamburg 700.000, waren es zum gleichen Zeitpunkt in Lübeck 205.000 und in Eutin 101.000 Mitglieder.

Anhand einer umfangreichen Quellenrecherche – besonders aufschlussreich sind die Korrespondenzen führender Kirchenfunktionäre – analysiert Linck im Folgenden die Frage nach Neubeginn oder Kontinuität in ideologischen, organisatorischen und personellen Belangen der Landeskirchen. Im Ergebnis zeigen sich starke Unterschiede zwischen den einzelnen Landeskirchen: Während es in Eutin zu einer Vielzahl von Neuanstellungen vorbelasteter Theologen kam, wurden in Lübeck in einer teils offenen Konfrontation Zwangsmaßnahmen und Entlassungen gegen belastete Personen eingeleitet. An mehreren Einzelbeispielen erläutert Linck, wie sich die Landeskirchen gegenüber belasteten Personen verhielt; die Kirche sah sich zum Teil als Anwältin und als Beschützerin verfolgter NS-Verbrecher, beschönigte und negierte im Zuge dessen auch nationalsozialistische Verbrechen. Einzig die KZ-Gedenkstätte in Ladelund zeigte eine offene Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, so Linck.

Das Verhältnis zwischen den Landeskirchen und dem Judentum wurde Linck zufolge geprägt durch das Verhalten der Kirchen während des Nationalsozialismus gegenüber Christen jüdischer Herkunft. Während in Hamburg trotz einem vorherrschenden Antisemitismus Christen jüdischer Herkunft nicht aus der Kirche verdrängt wurden, zeigte sich genau dies in Schleswig-Holstein. Dies schlug sich auf das Verhalten der Kirchen nach dem Krieg nieder: In Schleswig-Holstein gab es in der frühen Nachkriegsgeschichte kaum jüdische Gemeinden oder Vertreter, gegenüber denen in einen Dialog getreten werden konnte. Ohne diesen Dialog gab es aber für die Kirchen auch keinen Handlungsdruck, sich zu den nationalsozialistischen Verbrechen zu äußern.

Im dritten Kapitel setzt sich Linck mit den gesellschaftlichen Umwälzungen durch den Zuzug von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten auseinander. Die Landeskirchen des Nordens haben dabei eine Leistung vollbracht, die „in der Geschichte der Migration fast einzigartig ist" (S. 314). Die mehrheitlich evangelisch-lutherischen Flüchtlinge sahen die Kirche als Zufluchtsort – die evangelisch-lutherischen Landeskirchen nahmen die Neu-Schleswig-Holsteiner und -Hamburger gerne auf, um den vielen Austritten nach dem Krieg entgegenzuwirken. Zugleich galt „der Osten" auch als Umschreibung der die Landeskirchen durchziehenden antikommunistischen Ideologie; der Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion wurde weiterhin gerechtfertigt, innerkirchliche Gegner wurden von der kirchlichen Mehrheit, die weiterhin nationalprotestantisch gesinnt war, scharf angegriffen. Bemerkenswert ist hier das Zusammengehen von Landeskirchen und der regierenden CDU in Schleswig-Holstein. Personelle und thematische Verflechtungen sowie Überschneidungen wussten beide Seiten in den jeweiligen Auseinandersetzungen zu nutzen.

In der Gesamtschau zeigt Stephan Linck ein differenziertes Bild des Umgangs der nördlichen Landeskirchen mit ihrer NS-Vergangenheit. Die Kirchen in Lübeck und Hamburg gingen offener und konsequenter mit den Lehren der Geschichte um als ihre Schwesterorganisationen in Schleswig-Holstein und Eutin. Insgesamt ist jedoch in allen untersuchten Kirchen eine starke Tendenz zur nationalprotestantischen Ideologie zu erkennen. Damit einher ging eine teils reflexhafte Tabuisierung von Verbrechen und Solidarisierung mit Tätern des Nationalsozialismus.

Bemerkenswert ist, dass die Vorgängerorganisationen der Nordkirche so lange gebraucht haben, um ihre eigene Geschichte kritisch zu reflektieren. Umso erfreulicher ist es, dass die heutige Kirchenleitung Stephan Linck mit dieser Aufgabe betreut hat und der Autor nun diese umfangreiche, quellengesättigte und tiefgehende Studie vorgelegt hat. Ihre Ergebnisse dürften den historisch interessierten Schleswig-Holsteiner wenig überraschen, setzten sich doch die Verdrängungs- und Schutzmechanismen des größten Teils der Gesellschaft gegenüber nationalsozialistischen Verbrechen und Verbrechern auch in der Kirche fort. Und doch ist die vorgelegte Studie von großem Wert, denn das Wie und das Warum dieser Prozesse werden hier überaus anschaulich verdeutlicht. Wir dürfen gespannt auf den zweiten Band sein, der die beiden Jahrzehnte nach 1965 in den Blick nehmen wird.

Dr. Hauke Petersen in Studienleiter an der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente.

LITERATURHINWEISE

Anne-Frank-Zentrum (Hrsg.): Nicht in die Schultüte gelegt. Schicksale jüdischer Kinder 1933 - 1942 in Berlin. Ein Lernmaterial zu historischem Lernen und Kinderrechten, Berlin 2014

Apostolopoulos, Nicolas/Pagenstecher, Cord: Erinnern an Zwangsarbeit. Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Welt, Berlin 2013

Beer, Frank/Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hrsg.): Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944 – 1947: Berichte der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, Berlin u.a. 2014

Beirat für Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in der Nordkirche: Konzept „Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in der Nordkirche – Grundlagen und Handlungsstrukturen", http://www.nordkirche.de/fileadmin/user_upload/nordkirche/20140221_Erinnern-Konzept_Nordkirche.pdf

Bialas, Wolfgang: ralische Ordnungen des Nationalsozialismu, Göttingen 2014

Böttcher, Jakob: Heldenkult, Opfermythos und Aussöhnung. Zum Bedeutungswandel deutscher Kriegsgräber nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Deutschland Archiv, 7.2.2014, www.bpb.de/178572

Brauer, Juliane/Lücke, Martin (Hrsg.): Emotionen, Geschichte und historisches Lernen. Geschichtsdidaktische und geschichtskulturelle Perspektiven, Göttingen 2013

Brühl, Christian/Meier, Marcus (Hrsg.): Antisemitismus als Problem der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, Köln 2014

Cornelißen, Christoph: Vom Schreiben einer Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, in: ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung (2012/13), S. 65 - 86

Daur, Uta (Hrsg.): Authentizität und Wiederholung. Künstlerische und kulturelle Manifestationen eines Paradoxes, Bielefeld 2013

Diercks, Herbert/KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): „Euthanasie". Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus. Texte, Fotos und Dokumente, Hamburg 2014

Erinnern und Gedenken im deutsch-israelischen Jugendaustausch, Sonderausgabe von: Lernen aus der Geschichte, Februar 2014, http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/11658

Frieden, Kirstin: Neuverhandlungen des Holocaust. Mediale Transformationen des Gedächtnisparadigmas, Bielefeld 2014

Gautschi, Peter/Sommer Häller, Barbara (Hrsg.): Der Beitrag von Schulen und Hochschulen zu Erinnerungskulturen, Schwalbach/Ts. 2013

Geschichte ausstellen, Schwerpunktthema in: Claudia Fröhlich, Birgit Schwelling, Harald Schmid (Hrsg.): Jahrbuch für Politik und Geschichte 4 (2013)

Grilj, Benjamin u.a. (Hrsg.): Schwarze Milch. Zurückgehaltene Briefe aus den Todeslagern Transnistriens, Innsbruck u.a. 2013

Groschek, Iris/Wrochem, Oliver von: Bildungsangebote der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Ein Praxisreader, Hamburg 2013

Gudehus, Christian/Christ, Michaela (Hrsg.): Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Darmstadt 2013

Hammermann, Gabriele (Hrsg.): Sanierung – Rekonstruktion – Neugestaltung. Zum Umgang mit historischen Bauten in Gedenkstätten, Göttingen 2014

Helle Bjerg u.a. (Hrsg.): Teaching Historical Memories in an Intercultural Perspective. Concepts and Methods. Published on behalf of the Neuengamme Concentration Camp Memorial, Berlin 2014 (mit CD)

Hentges, Gudrun u.a. (Hrsg.): Sprache – Macht – Rassismus, Berlin 2014

Heterogenität in der historisch-politischen Bildungsarbeit, Themenausgabe von: Lernen aus der Geschichte 2/2014, http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/11626

Hindenburg als Namenspatron für öffentliche Orte in Schleswig-Holstein. Die Beispiele Kiel und Sylt. Red.: Kay Dohnke, Kiel 2013

Historische Kompetenz, Schwerpunktthema in: Journal für politische Bildung, 1/2014, Schwalbach/Ts.

Kallweit, Hilmar: Zukunftsfähiger Humanismus. Präzedenzfälle und Perspektiven, Bielefeld 2014

Kämpfe, Friederike: Vom Erinnern und Vergessen. Geschlechtsbezogene Pädagogik in Gedenkstätten, in: Susanne Boehm/Friederike Kämpfe (Hrsg.): Anecken und weiterdenken. Aktuelle Beiträge zur Geschlechterforschung, Hamburg 2013, S. 35 – 50

Kappel, Kai/Müller, Matthias (Hrsg.): Geschichtsbilder und Erinnerungskultur in der Architektur des 20. und 21. Jahrhunderts, Regensburg 2014

Kellerhoff, Sven Felix: Aus der Geschichte lernen. Ein Handbuch zur Aufarbeitung von Diktaturen. Ein Projekt im Rahmen der Deutsch-Tunesischen Transformationspartnerschaft, Baden-Baden 2013

Klee, Ernst: Auschwitz. Täter, Gehilfen, Opfer und was aus ihnen wurde. Ein Personenlexikon, Frankfurt am Main 2013

Knigge, Volkhard: Erinnerung oder Geschichtsbewusstsein? Warum Erinnerung allein in eine Sackgasse für historisch-politische Bildung führen muss, in: GedenkstättenRundbrief, Nr. 172, 12/2013, S. 3 - 15

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): Die Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel – die Verfolgung von Frauen im nationalsozialistischen Hamburg und die Erinnerung an die Opfer, Red.: Karin Schawe, Hamburg 2014

Lange, Carmen: „Ich hätte nicht gedacht, dass das auch Spaß machen kann!" Pädagogische Arbeit an einem Ort, der für Leid, Verbrechen und Tod steht, in: GedenkstättenRundbrief, Nr. 173, 3/2014, S. 16 - 21

„Man hatte ihr Vordringen erwartet...". Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen. Red.: Frank Omland. Korr., erw. u. vierfarb. Neuausgabe, Kiel 2013

Nagel, Michael/Zimmermann, Moshe (Hrsg.): Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte, 2 Bde., Bremen, 2013

Petermann, Sandra: Erinnern und Gedenken, in: Julia Lossau u.a. (Hrsg.): Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie, Stuttgart 2014, S. 212 - 226

Praxistipps: Finanzierung historisch-politischer Bildungsprojekte, in: Akquisos Newsletter 1/2014, http://www.bpb.de/partner/akquisos/181325/praxistipps-finanzierung-historisch-politischer-bildungsprojekte

Radvan, Heike: Antisemitismus und Geschlecht. Überlegungen hinsichtlich einer geschlechterreflektierenden Prävention, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22 (2013), S. 123 - 142

Roche, Jörg: Erinnerungsorte und Erinnerungskulturen. Konzepte und Perspektiven für die Sprach- und Kulturvermittlung, Baltmannsweiler 2014

Rösinger, Amelie/Signori, Gabriela (Hrsg.): Die Figur des Augenzeugen. Geschichte und Wahrheit im fächer- und epochenübergreifenden Vergleich, Konstanz 2014

Roth, Harald (Hrsg.): Was hat der Holocaust mit mir zu tun? 37 Antworten, München 2014

Schäuble, Barbara: Antisemitismus in der alltäglichen Kommunikation Jugendlicher. Ausprägungen und Konstitutionsbedingungen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22 (2013), S. 143 - 160

Siedler, Sascha: Geocaching als Lehr- und Lernarrangement im Geschichtsunterricht. Didaktische und methodische Potentiale des Geocachings, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 64 (2013) 11/12, S. 668 - 675

Uekötter, Frank (Hrsg.): Ökologische Erinnerungsorte, Göttingen u.a. 2014

Uhl, Heidemarie: Orte und Lebenszeugnisse. „Authentizität" als Schlüsselkonzept in der Vermittlung der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, in: Michael Rössner, Heidemarie Uhl (Hrsg.): Renaissance der Authentizität? Über die neue Sehnsucht nach dem Ursprünglichen, Bielefeld 2012, S. 257 - 284

Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen 2013

Wittler, Kathrin: „Muselmann". Anmerkungen zur Geschichte einer Bezeichnung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013) 12, S. 1045 - 1056

TERMINKALENDER

Noch bis 13. April, Flandernbunker Kiel

9. November 1938: Die „Reichskristallnacht" in Schleswig-Holstein

Wanderausstellung. Öffnungszeiten: Mo - Fr 11 - 15 Uhr, So 11 -17 Uhr. Kiellinie 249

Noch bis 20. April, Flandernbunker Kiel

Panzer im Bunker

Ausstellung von Michael Sailstorfer. Öffnungszeiten: Mo - Fr 11 - 15 Uhr, So 11 -17 Uhr. Kiellinie 249

Noch bis 19. September, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig

9. November 1938: Die „Reichskristallnacht" in Schleswig-Holstein

Ausstellung. Öffnungszeiten: Mo - Fr. 08,30 - 17.00 Uhr. Eintritt frei. Prinzenpalais

3. April, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig

Spuren. Fotografien zum jüdischen Leben in Schleswig-Holstein (1900-1950)

Vortrag von Prof. Dr. Gerhard Paul, Universität Flensburg. Eintritt: 2 Euro. Prinzenpalais

4. April, 09.00 - 17.00Uhr, Fachhochschule Kiel

Geschlechterbilder und Rechtsextremismus

Fachtagung, u.a. mit der Ausstellung „Frauen im Rechtsextremismus". Programm: http://www.boell-sh.de. Sokratesplatz 3

4. April, 19.00 Uhr, Flandernbunker Kiel

Eisen bewegen – Lokomotiven aus Kiel

Dokumentarfilm von Fredo Wolf und Kay Ilfrich. Anschließend Diskussion mit den Filmemachern und Hinrich Krey. Kiellinie 249

7. April, 19.30 Uhr, Centro Sociale, Hamburg

Zwangsarbeit in der NS-Zeit und Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter

Zwei Vorträge von Christian Hartz und Dr. Anja Hense. Sternstraße 2, 20357 Hamburg

13. April, 15.00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök

Flüchtlingsintegration, Kirche und Antikommunismus in Schleswig-Holstein 1945

Sonntagsgespräch mit dem Historiker Dr. Stephan Linck. Flachsröste 16

14. April, 19.00 Uhr, Friedric-Ebert-Stiftung, Hamburg

Erinnerungen an Herbert Schemmel (1914-2003)

Gespräche und Filmausschnitte aus Anlass des 100. Geburtstages des Chronisten des KZ Neuengamme. Anmeldung unter hamburg@fes.de. Rathausmarkt 5

17. April, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig

Das alles steckt in einem Koffer. Ein Alltagsgegenstand in der Erinnerungskultur

Vortrag von Dr. Iris Groschek, KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Eintritt: 2 Euro. Prinzenpalais

26. April - 25. Mai, Gedenkstätte Ahrensbök

9. November 1938: Die „Reichskristallnacht" in Schleswig-Holstein

Wanderausstellung. Öffnungszeiten: sonntags 14.00 - 17.00 Uhr (ab Mai bis 18.00 Uhr) sowie nach Absprache. Flachsröste 16

27. April, 15.00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök

Jüdische Schicksale in Lübeck

Sonntagsgespräch mit Heidemarie Kugler-Weiemann, Lübeck. Flachsröste 16

27. April, 17.00 Uhr, Kultur- und Gedenkstätte Ehemalige Synagoge Friedrichstadt

Rebellische Pianistin: Grete Sultan zwischen Berlin und New York

Moritz von Bredow liest aus seiner Biographie über Grete Sultan (1906 - 2005) – ein deutsch-jüdisches Schicksal und ein Spiegel der Musik- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Lesung, Musik, Fotos und Videos. Eintritt: 12 Euro. Am Binnenhafen 17

3. Mai, 10.00 Uhr, Neustadt-Pelzerhaken

Gedenkveranstaltung

Anlässlich des 69. Jahrestages der Bombardierung der KZ-Schiffe „Cap Arcona" u.a. in der Lübecker Bucht. Cap-Arcona-Ehrenmal

4. Mai – 27. Juli, Flandernbunker Kiel

Kieler Frieden 1814/2014 – Peace

Ausstellung. Öffnungszeiten: Mo - Fr 11 - 15 Uhr, So 11 -17 Uhr. Kiellinie 249

8. Mai, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig

Verspätungsschuld? Von der „Renazifizierung" zur Aufarbeitung. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein

Vortrag von Dr. Harald Schmid, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. Eintritt: 2 Euro. Prinzenpalais

9. Mai, 10.00 - 17.00 Uhr, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Ein Täter, Opfer, Zuschauer, Mitläufer in der Familie?

Rechercheseminar zu Familiengeschichte(n). Teilnahmegebühr: 15/10 Euro (inklusive Verpflegung). Anmeldung bis 30. April unter: Oliver.vonWrochem@kb.hamburg.de. oder Tel. 040-42131-515. Studienzentrum, Jean-Dolidier-Weg 75

10. Mai, 14.00 Uhr, Gedenkstätte Gudendorf

Gedenkveranstaltung

Gedenkrede: Hartmut Büchsel, Landesvorsitzender der VVN-BdA. Mit Grußworten des Russischen Konsuls, von Bürgermeister Werner Höfs sowie des Kreispräsidenten.

10./11. Mai, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Ein Täter/eine Täterin in der Familie?

Gesprächsseminar zu Familiengeschichte(n). Sa: 10.30 - 16.30 Uhr, So: 11.15 - 16.30 Uhr. Teilnahmegebühr: 30/20 Euro (inklusive Verpflegung). Anmeldung bis 30. April unter: Oliver.vonWrochem@kb.hamburg.de. oder Tel. 040-42131-515. Studienzentrum, Jean-Dolidier-Weg 75

11. Mai, 15.00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök

Spielt nicht mit den Lehmanns Kindern

Aufführung des Witness-Theaters, Hamburg, Regie: Hatto ter Hazeborg. Junge Hamburger spielen Szenen aus dem Leben der beiden Überlebenden Marianne Wilke, geb. Lehmann (die anwesend ist), und Steffi Wittenberg. Flachsröste 16

16./17. Mai, Marine-Ehrenmal Laboe und Flandernbunker Kiel

Erinnern, Erklären, Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen im 21. Jahrhundert

Tagung. Ausführliche Informationen dazu in diesem NEWSLETTER, S. 28

18. Mai, 15.00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök

Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein

Sonntagsgespräch mit der Historikerin Dr. habil. Bettina Goldberg. Flachsröste 16

25. Mai, 17.00 Uhr, Jüdisches Museum Rendsburg

Magische Welt der Klänge

Konzert mit dem Duo Ariana Burstein (Cello) und Roberto Legnani (Gitarre). Eintritt: 20/16 Euro. Karten unter Tel.: 07852-933034, an der Konzertkasse ab 16.30 Uhr oder unter: www.tourneebuero-cunningham.com. Prinzessinstraße 7 – 8

4. Juni – 28. September, Sprengel-Museum Hannover

Schlachtfelder

Ausstellung anlässlich des Gedenkens an die „Urkatastrophe" des Ersten Weltkriegs mit Zeichnungen und Druckgrafiken von Künstlern, die sich mit dem Thema Krieg – Gewalt – Konflikte auseinandersetzen. Kurt-Schwitters-Platz

12. - 14. Juni, Haus auf der Alb, Bad Urach

Archive und Sammlungen in Gedenkstätten. Herausforderungen, Lösungsmöglichkeiten, Praxisbeispiele

60. bundesweites Gedenkstättenseminar. Nähere Informationen und Anmeldung unter: http://www.gedenkstaettenforum.de.

15. Juni, 15.00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök

Rechtsradikalismus heute
Sonntagsgespräch mit Michael Bouteiller, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck a.D. Flachsröste 16

29. Juni bis 17. August, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

9. November 1938: Die „Reichskristallnacht" in Schleswig-Holstein
Wanderausstellung. Öffnungszeiten: Di - Fr 10.00 – 16.00 Uhr, Sa u. So 14.00 - 16.00 Uhr sowie nach Vereinbarung. Raiffeisenstraße 3

20. Juli, 15.00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök

Der 20. Juli und der deutsche Widerstand
Sonntagsgespräch mit Prof. Dr. Jörg Wollenberg. Flachsröste 16

19. - 21. September, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente

Schluss mit den Ritualen!
9. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein. Ausführliche Informationen dazu in diesem NEWSLETTER, S. 30

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg
www.gedenkstaetten-sh.de
Tel. +49 (0) 4331-1438-42
Fax: +49 (0) 4331-1438-20
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:
Dr. Harald Schmid (H.S.),
Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de
Tel.: 0152-31758461